

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lanke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Hansa 8462 u. 4984.

Verlag: A. Lanke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Fortwärt's Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die 6 gelbaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Stellt euren Mann!

Der alte Bued, Generalsekretär des Zentral-Verbandes Deutscher Industrieller, hat am Abschluß seiner Lebensarbeit im Jahre 1910 in einer Abschiedsrede vor den Delegierten seines Verbandes als sein politisches Glaubensbekenntnis gepriesen: „Widerstand gegen alle Fortschritte in der sozialpolitischen Gesetzgebung, Kampf bis aufs Messer gegen die verhasste Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.“

Dieser These sind die Unternehmer trotz Krieg und Nachkriegszeit, trotz wirtschaftlicher und politischer Umwälzungen treu geblieben. Wirkungsvoll und deutlich zeigt sich diese Einstellung gegen die Arbeiterklasse unter der Regierung Brüning-Siegerwald. In besonderen muß darum jeder Arbeitnehmer seinen Mann im Kampfe gegen dieses bürgerlich-kapitalistische System stellen.

Nicht träumen dürfen wir, jetzt gilt es mitzuwirken mit aller Begeisterung, mit allem Eifer und all der Ausdauer, die die Gewerkschaftsarbeiter immer auszeichnet. Alle unsere agitatorischen und organisatorischen Erfahrungen, unsere Liebe zur proletarischen Bewegung müssen in den Dienst des schwierigsten, aber auch lehrreichsten Wahlkampfes gestellt werden. Noch nie war die volle Hingabe aller Gewerkschafter so sehr das höchste Gebot der Selbsterhaltung wie gegenwärtig.

Unverhüllt tritt die Reaktion gegen die Arbeiterklasse mit einer Brutalität auf, die früher unbekannt war. Die Notverordnung der Reichsregierung redet eine harte Sprache. Währenddem der Besiß geschont wird, erfolgte eine unerhörte Belastung des geringen Einkommens der Arbeiterschaft. Alle Lasten werden auf den wirtschaftlich Schwachen, den Arbeiter, abgeladen, trotzdem diese Klasse ohnehin schon durch die gewaltige Wirtschaftskrise schwer betroffen wird. Das ist ja das Empörendste, daß die Kernkräften der Armen, die Kranken, die Arbeitslosen, beitragen müssen die Finanzen des Reiches angeblich zu sanieren. Die Millionäre, die kapitalistischen Großverdiener, die Fabrikanten, die hohen Beamten mit ihren mehreren tausend Mark Monatseinkommen werden geschont. Alle Last wird dem Arbeitstier, dem, der die Werte schafft, aufgeladen.

Es ist daher verständlich, daß die Gewerkschaften mit der alleinigen Vertreterin der gewerkschaftlichen Interessen im Reichstage, der Sozialdemokratischen Partei, den Kampf aufgenommen haben. Wer könnte, ja wer wollte es verantworten, daß er in dieser Situation, in der alles gegen die Gewerkschaften und ihre sozialpolitischen Errungenschaften einstürmt, gleichgültig beiseite steht. Der erste große Angriff, von langer Hand vorbereitet, mit den Geldmitteln der Kapitalisten geführt, muß nicht nur abgewehrt werden, sondern darüber hinaus ist es Aufgabe der Gewerkschafter, Vorbereitungen zum Angriff auf Ausbau größerer sozialer Rechte zu unternehmen.

Nicht nur vollständige Beseitigung aller in den Notverordnungen die Arbeiterschaft bedrückenden Bestimmungen (Einkommensteuer, Verschonung der Sozialversicherung, Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge), sondern Ausbau und Verbesserung der Reichs-

versicherung in arbeitsrechtlicher Beziehung und vor allem endlich Verabschiedung des Arbeiterschutzes in einer Form, die dem Verlangen der Gewerkschaften Rechnung trägt, muß unser Ziel sein.

Darum muß in diesem Wahlkampf, in dem die gewerkschaftlichen Interessen im Vordergrund stehen und ihre in langen, zähen Kämpfen erreichten kulturellen Fortschritte von der Reaktion stürmisch berannt werden, bei jedem Mitglied Klarheit herrschen, worum es geht, und dementsprechend die Arbeit zum großen Erfolg für die Sozialdemokratie geleistet werden.

Antimargismus ist heute das Lösungswort der Reaktion. Auch die veruchte Sammlung des Bürgertums stand unter diesem Zeichen. Aber noch hat durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht das Bürgertum scheinbar Zeit, seine Profitinteressen durch verschiedene Parteien zu wahren. Durch einen großen Erfolg der Sozialdemokratie am 14. September tragen wir zu einer Klärung der politischen Verhältnisse bei.

Kommunisten wie auch Nazis werden in den nächsten Wochen gegen die Gewerkschaften wettern und toben. Niemand darf das hindern. Maulaufreißer und Phrasen hatten nie in der wirtschaftlichen Bewegung langen Bestand. Die Klarheit der Sprache, die links und rechts geführt wird, zeigt der Arbeiterschaft, daß ihre Interessen wirksam und sicher nur in der starken Bewegung, die die freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei bilden, gewahrt, ver-

treten und weiter ausgebaut werden können. Lassen wir uns darum nicht irritieren von der Demagogie der Strafe, von den Schlagworten der Versammlungen, sondern stellen wir uns bewußt auf den Boden der Entwicklung. Wir wollen nicht Experimente machen, sondern auf Erhaltung und Sicherung unserer wirtschaftlichen und politischen Lage sei unser Ziel gerichtet. Der Wahltag bietet die beste Gelegenheit, und darum müssen wir freudig als Gewerkschafter unsere Pflicht gegen uns selbst und im Hinblick auf die Errungenschaften, die die Gewerkschaften bisher erkämpften, erfüllen.

Aber nicht nur aus diesen Gründen. Mit Stolz werden wir als Sozialisten und Gewerkschafter am Wahltag unsere Überzeugung bekunden, weil durch die Abgabe unseres sozialistischen Stimmzettels der übrigen proletarischen Welt ein Vorbild gegeben wird, wie der Kampf gegen Bedrückung und Reaktion zu führen ist. Jeder sozialdemokratische Stimmzettel bedeutet Protest gegen die Maßnahmen der Brüning-Siegerwald-Regierung, bedeutet den Willen auf Ausbau der sozialen und der Arbeiterschaft dienenden gesetzlichen Bestimmungen. Darum muß jeder Gewerkschafter in den nächsten Tagen aufklärend und werbend zum guten Gelingen für einen Erfolg am 14. September eintreten. Denkt, was auf dem Spiel steht! Auch für uns Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter gilt es, zu handeln, und darum, stellt euren Mann!

Christliche Gewerkschaften und Wahlkampf

Die freigewerkschaftlichen Verbände sowie der Bundesvorstand des DGB. fordern bekanntlich zur Wahl und Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei auf. Die maßgebenden Beweggründe für diese parteipolitische Unterstützung gehen aus den Artikeln und Aufrufen klar hervor. So entschlossen wie die freien Gewerkschaften im Kapp-Putsch gegen die Diktatur ankämpften, genau so zielbewußt kämpfen sie jetzt gegen den Raub und die Vergewaltigung der Volksrechte durch die Bürgerblockregierung. Die freien Gewerkschaften, als Treuhänder von fünf Millionen Arbeitern, können und wollen es nicht verantworten, daß auf dem Wege der Diktatur durch neue Massensteuern, durch Abbau der Sozialversicherung und durch eine arbeiterfeindliche Zollpolitik die Not der schaffenden Bevölkerung ungeheuer gesteigert wird, während die Besitzenden geschont werden. Im Interesse der staatsbürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit wenden sie sich deshalb gegen die Diktatur von rechts, gegen die Reaktion in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die freien Gewerkschaften würden aber auch eine unverantwortliche Haltung einnehmen, wollten sie willenlos zusehen, daß Nationalsozialisten und Kommunisten in törichter Verblendung aus unserem demokratischen Staatswesen einen Trümmerhaufen machen. Der Aufstieg der Arbeiterklasse ist auf das engste mit der unter schweren Opfern errungenen Republik verbunden und darf nicht durch verantwortungslose, extreme Quertreiber in Frage gestellt werden. Es geht also ums Ganze, um das Zukunftschicksal der deutschen Arbeiterklasse, deren stärkstes politisches Fundament die Sozialdemokratische Partei ist.

Man sollte nun meinen, daß man auch in christlichen Gewerkschaftskreisen einen Blick für die schwierige und entscheidende Situation hat. Doch weit gefehlt. Anstatt die schwere Schicksalsstunde der deutschen Arbeiterklasse und die reaktionäre Gefahr zu erkennen, finden wir dort einen zweifelhaften Spaß an einem kleinlichen und unehrlichen Bruderkampf. Nicht nur spaltenlange, sondern ganze Seiten umfassende Artikel in der christlichen Gewerkschaftspresse und in den ihnen nahestehenden Tageszeitungen berichten mit großer Genugtuung, daß die freien Gewerkschaften parteipolitisch nicht neutral sind. Die christlichen Gewerkschaften beweisen dadurch wieder einmal, wie engherzig sie ihr Organisationsinteresse vertreten und wie gleichgültig ihnen das Arbeiterchicksal ist. Sie haben zwar auch einen Wahlauftrag erlassen. In diesem Aufruf nehmen sie für eine bestimmte Partei keine Stellung. Sie plädieren nur für den Sieg der Vernunft. Wahrscheinlich wollen sie damit ihre parteipolitische Neutralität bekunden. Leider ist es mit dieser parteipolitischen Neutralität nicht weit her. Denn wie gesagt, sie nehmen keine Stellung für eine Partei, wohl aber gegen eine, und zwar ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.

Im ersten Abschnitt des Aufrufes heißt es:

„Die Schuld trifft vor allem die Sozialdemokratie, die sich mit volks- und staatszerlegenden, den sozialen Volksstaat bewußt bekämpfenden Elementen im Widerstand gegen die Regierung zusammenschand.“

Im zweiten:

„... Eine falsche Politik der Vergangenheit, die nicht zuletzt von der Sozialdemokratie gestützt

wurde, hat die Verwaltungslasten gewaltig an-
schwellen lassen."

Im vierten:

"... Sozialer Fortschritt ist unmöglich, wenn die Grundlagen des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens wanken. Ihre Befundung erfordert Opfer von allen. Das ist auch der Arbeiterchaft bewußt. Dabei machen die christlichen Gewerkschaften keinen Fehl daraus, daß ihnen nicht alle Maßnahmen der Reichsregierung gefallen. Sie sehen aber auch hier die Schuldpunkte der Sozialdemokratie."

Im sechsten:

"Die Mehrheit des Reichstages hat ihre Pflicht gegenüber Volk und Demokratie nicht erfüllt. Das gilt vor allem von der Sozialdemokratie als der stärksten Gruppe dieser Mehrheit. Die Sozialdemokratie stellte sich im Reiche mit antidemokratischen Gruppen gegen die Ordnung."

Im ganzen betrachtet ist der Aufruf der christlichen Gewerkschaften zum größten Teil eine Heke gegen die Sozialdemokratie. Trotzdem werden sie ihre parteipolitische Neutralität noch oft rühmen und die freigewerkschaftlichen Sünder verdammen.

Wägen Sie es tun. Nicht nur gegen Dummheit, sondern auch gegen Unehrlichkeit und Demagogie kämpfen selbst Götter vergebens. Wir aber kämpfen für ein freies, sozialistisches Deutschland, und deshalb erst recht: Alle Mann an Bord für die Sozialdemokratie!

Zum Verbandstag

Der Vorstand stellt zum Verbandstag den Antrag, dem § 35 sei anzufügen: „Mitglieder, die kein Arbeitseinkommen haben, dürfen Vollbeiträge nicht leisten, sondern müssen Erwerbslosenmarken kleben. Während dieser Zeit etwa geleistete Vollbeiträge werden beim Bezuge von Unterstützung als Beiträge nicht in Anrechnung gebracht.“

Dieser Antrag ist unklar und kann verschieden ausgelegt und aufgefaßt werden. Zum Beispiel: Ein Mitglied wird infolge Unfalls oder durch sonst irgendeine besondere Krankheit plötzlich arbeitsunfähig und Ganzinvalid, hat aber schon 500 Vollbeiträge geleistet, darf aber jetzt, weil es das Unglück hat und plötzlich ein Invalide wird, die erforderlichen 20 Vollbeiträge nicht mehr leisten und kann nun deshalb nicht mehr in den Genuß der Invalidenunterstützung kommen.

Der Antrag würde in einem solchen Fall eine ganz erhebliche unbillige Härte sein. Da doch die Gewerkschaften versuchen, für alle sozialen Gesetze Härtebestimmungen einzufügen, um allzu große Ungerechtigkeiten zu mildern, ist die berechnete Notwendigkeit vorhanden, daß auch die Gewerkschaftsverbände solche Bestimmungen einfügen. Ich richte an alle Delegierten zum Verbandstag das Ersuchen, den Antrag des Vorstandsvorstandes genau zu überlegen und abzulehnen. Auch meine ich, daß dieser Antrag nicht der Solidaritäts- und Kollegialitätspflege und zur Agitation dienen wird. Ich bin der Meinung, daß die Invalidenversicherung eine Mustereinführung werden soll, daß diese nicht nach bürokratischen, sondern nach echt kollegialen und praktischen Gesichtspunkten geführt werden soll: Gleiche Bezahlung, aber auch gleiche Behandlung und gleiche Rechte. Von früher, vor der Inflation, ist kein Geld mehr da, also werden die jetzigen Invalidenunterstützungen nur von diesen 20-Pfennig-Beiträgen bezahlt, wobei die jungen Mitglieder genau soviel bezahlen wie die alten. Darum weg mit diesem großen Unterschied bei der Auszahlung der Invalidenunterstützung.

Josef Buell

Noch in den letzten Jahren vor dem Kriege wäre das Ansuchen, eine Invalidenversicherung einzuführen, auf den heftigsten Widerstand der Kollegen gestoßen. Nicht wegen der Unterstützung selbst, sondern es hätte geheißen, der Verband verliert dadurch seinen Charakter als Kampforganisation. Auch ich war damals ein Gegner bei Einführung der Krankenunterstützung. Doch die Zeiten ändern sich, Krankenunterstützung und Invalidenversicherung sind eingeführt, der Verband hat deswegen noch kein Wort von seinen Aufgaben als Kampforganisation eingebüßt. Außerdem geht die Invalidenversicherung getrennt von den anderen Aufgaben des Verbandes.

Nun zur Ausdehnung der Invalidenversicherung auf die Frauen, denn versicherungspflichtige Kinder kommen wohl kaum in Frage. Als Ersatz dafür wurden zwei Mittel vorgeschlagen, das Reich und die „Volkspflege“. Die Volkspflege wäre die Stelle, wo die Kollegen für ihre Hinterbliebenen sorgen könnten. Wenn sie aber nicht in der Lage sind, eine Beitragserhöhung zu zahlen, durch die sie später einmal ihren Angehörigen das Leben etwas erleichtern können, da werden sie sich erst recht nicht dazu verstehen, eine hohe Prämie für eine Lebensversicherung zu bezahlen. Die Befürchtung, daß der weitere Ausbau der Invalidenversicherung zu Austritten aus dem Verband führen könnte, teile ich nicht. Im Gegenteil, durch die Einführung der Versicherung wurden die Kollegen nur noch fester an den Verband gekettet. Es war früher nicht so leicht, Gewerkschafter zu sein, wie heute. Die Kollegen, die damals wegen ihrer gewerkschaftlichen

Tätigkeit gemahregelt wurden, und es sind nicht wenige, hatten große Entbehrungen durchzumachen. Die Verbandsklassen waren noch zu schwach, um die Kollegen auch nur notdürftig zu unterstützen, Arbeitslosenunterstützung gab es nicht. Heute ist der einzelne doch vor der größten Not geschützt. Damals war man sozusagen vogelfrei. Durch das Mittragen dieser Not und Entbehrungen haben die Frauen der Kollegen an der Schaffung der Grundlagen der heutigen Gewerkschaften tatkräftig mitgewirkt. Sollen sie leer ausgehen? Nein, durch dieses Mitwirken haben sie sich ein Anrecht erworben, auch an den Früchten der Organisation teilzunehmen. Die Invalidenversicherung besteht, ihr Ausbau wird erfolgen, er ist nur noch eine Frage der Zeit. Dann wird es Sache der Verbandsleitung sein, hieran zu denken und nach sozialen Gesichtspunkten zu handeln.

H. G ü n t h e r, Worms a. Rh.

Die Vorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung, die der Kollege G. R. machte, haben zum Teil das Mißfallen des Kollegen Nawroth erregt. Verstehen kann ich das nicht! Es leuchtet wohl ohne weiteres

Stärke deine Gewerkschaft!

Am 30. August ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

jedem ein, daß es für den Verband von Vorteil ist, wenn alle Fragen, wie Lohnpolitik, Arbeitsrecht, Jugend, Agitation von je einem führenden Kopf geleitet werden. Daß diese Ressortleiter aus den vorhandenen Sektionsleitern und Angestellten entnommen werden müssen, um zu sparen, versteht sich am Rande. Daß auch noch manches Unpraktische, was sich inzwischen herausgestellt hat, über Bord muß, soll uns nicht stören. „Vorwärts“ muß unsere Losung sein! Sparen müssen wir aber auch bei unseren Angestellten; das soll heißen, vorhandene Angestellte müssen zweckentsprechend verteilt und neue nach Möglichkeit nicht angestellt werden!

Gegen eine Begrenzung der Invalidenunterstützung auf, sagen wir mal 100 Mk. als Höchstmaß, wird wenig einzuwenden sein. Von Anrechnung der von den Konsumvereinen gewährten Pensionen muß Abstand genommen werden, dazu haben die Kollegen selbst genug Steuern müssen; ebenso müssen von Privatbetrieben geleistete Renten außer Anrechnung bleiben. Daß der Beitragszuschlag wesentlich anders gestaltet werden muß, wollen wir nicht Schiffbruch leiden, ist klar, und es müssen die gangbarsten Marktwerte mit herangezogen werden, nicht nur die Wenigverdiener.

Eine andere Frage ist die vom Vorstand beantragte Aussteuerbeihilfe. Ich bin dafür, aber ist es nicht ungerecht gegen die Witwen verstorbener Kollegen, die Invalidenrente nicht erhielten, 25 Jahre und noch länger Mitglied waren, und nun auch nichts erhalten sollen? Das ist eine Härte! Die Kolleginnen sind, wenn sie heiraten, vielleicht zehn Jahre Mitglied und leisteten in der Zeit 30 bis 40 Mk. Beitragszuschlag und sollen dann 80 Mk. Aussteuerbeihilfe erhalten. Hier müßte nach meiner Auffassung der Verbandstag unbedingt für die Witwen etwas tun. Ich betone noch einmal: nur Witwen kommen in Frage, nicht aber andere Angehörige des Verstorbenen!

Zur Frage der Bezirkseinteilung müßte der Verbandstag auch Stellung nehmen. Schon wiederholt habe ich gegen die bei uns geübte Verschiebung nach Gera gemeutert, natürlich ohne Erfolg. Für uns Altenburger liegt Leipzig viel bequemer; haben wir nach unserem Geraer Bezirksleiter einmal Sehnsucht, so können wir ihn wohl in einem Tage erreichen und — wenn wir uns beeilen — auch noch am gleichen Tage zurück sein. Nach Leipzig benötigen wir eine Stunde, das ist natürlich zu einfach, es muß doch nicht alles so leicht sein!

Daß die Wahlkreiseinteilung nicht wieder so vor sich geht, daß eine Ortsgruppe „nur“ vier verschiedenen Wahlkreisen angehört, dürfte wohl selbstverständlich sein, und auch die Wahl selbst muß anders vor sich gehen. Es kann uns gleich sein, ob uns auf dem Verbandstag ein Bäcker, Fleischer oder Brauer vertritt, wenn der nur die Interessen der Mitglieder und Ortsgruppen vertritt. Zum Beispiel könnten die Ortsgruppen, wenn sie 10 Proz. der Einnahmen aus Grundbeiträgen erhielten, manches für die Agitation mehr tun, als es ihnen jetzt möglich ist.

Gerade in den Kleinbetrieben der Bäcker und Fleischer ist noch so viel zu tun, und noch mancher Kollege könnte der Organisation zugeführt werden. Aber dazu gehört vor allem, daß alle Kollegen in den Konsumvereinen sich an dieser Arbeit beteiligen, nicht nur zwei bis drei Mann, und die anderen stehen abseits, als ginge es ihnen nichts an.

A. M.

Bäckermeistertagung in Kiel

Der 23. Verbandstag des „Germania“-Verbandes Deutscher Bäckerinnungen fand am 11. und 12. August in Kiel statt. Neben einer starken Beteiligung aus den Innungen konnte eine respektable Anzahl ausländischer Vertreter begrüßt werden. Davon inter-

essiert uns ein Herr Burschi aus Stallen, der als Vertreter der faschistischen Handwerker- und Bäckermeisterorganisation erschienen war. Dieser Herr ist uns kein Neuling. Wir kennen ihn bereits aus früheren Jahren, wo er versuchte, die gesetzliche Verteilung der Nachtarbeit zu Fall zu bringen.

Von den Referaten seien erwähnt das des Landtagsabgeordneten Bäckermeister Huster, Trier, über die Wirtschaftslage im Bäckergewerbe. Leider verstand es der Redner in keiner Weise, ein großes Bild aus der bestehenden allgemeinen Wirtschaftsmisere herauszuschälen. Er bemühte sich in Nebensächlichkeiten zu ergehen und erweckte dabei großen Protest. Von der allgemeinen Wirtschaftslage im Bäckergewerbe kam dieser Herr vollständig ab, so daß große Unruhe herrschte, die selbst nach der „Bäcker- und Konditoren-Tageszeitung“ einen innigen Konnex zwischen Referenten und Hörerschaft vermissen ließ. Allgemein war die Meinung vertreten, daß der Vorstand des „Germania“-Verbandes mit diesem Referenten einen großen Fehlgriß gemacht habe. In der zu dem Vortrag angenommenen Entschließung wurde u. a. erwähnt, daß die Zahl der arbeitslosen Bäcker und Konditoren ganz ungewöhnlich gestiegen ist. Ob aus dieser Tatsache nunmehr die Bäckermeister Ruhigwerden ziehen und auch der Lehrlingszüchterei energisch zu Leibe rücken, das bezweifeln wir.

Resolutionen gegen den kleinen Grenzverkehr, wie sie stets auf diesen Tagungen wiederkehren, gegen das Brotgesetz und noch andere wurden ebenfalls beschlossen.

Vorträge über die Innungsfrankentassen und Lehrlingsfragen in der uns bekannten Weise wurden ebenfalls gehalten. Die zur Lehrlingsfrage angenommene Entschließung geht leider dem Kern der Lehrlingszüchterei aus dem Wege und behandelt lediglich Fragen der Lehrlingsausbildung. Hierin erblicken wir eine große Inkongruenz gegen die vorher erwähnte Resolution mit der Feststellung der großen Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe.

Der zweite Verhandlungstag stand im Zeichen des Ringens zwischen Nord und Süd auf Festlegung des 4-Uhr-Arbeitsbeginns. Hierzu hatte der Nürnberger Obermeister Späth das Referat übernommen. Ihm trat der Dortmunder Obermeister Grobe entgegen, der in sehr temperamentvoller Weise den 5-Uhr-Arbeitsbeginn als äußerstes Zugeständnis bezeichnete. Die Siegespalme errang der Dortmunder Obermeister, denn von 468 abgegebenen Stimmen votierten für den 4-Uhr-Anfang nur 181, dagegen 284. Für den Verkaufsbeginn von 6 Uhr morgens an wurden nur 138 Stimmen, dagegen 327 abgegeben. Damit war die Entschließung des Dortmunder Obermeisters Grobe angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Das Bäcker- und Konditorenhandwerk hält eine einheitliche Festlegung des Arbeitsbeginns in seinen Betrieben auf 5 Uhr für das gesamte Reichsgebiet für zweckmäßig und notwendig, weil

1. bei dem 5-Uhr-Arbeitsbeginn die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt ist;
2. ein Verderben der Rohmaterialien bei dieser Regelung ausgeschlossen ist;
3. eine Verbilligung und Verbesserung der Backwaren durch Vorverlegung des Arbeitsbeginnes nicht eintritt;
4. eine Steigerung des Brötchen- und Weißwaren-umsatzes durch Früherlegung des Arbeitsbeginns nicht zu erwarten ist, wie die Verschiebung des Arbeitsbeginnes von 6 auf 5 Uhr gelehrt hat;
5. viele Mittel- und Kleinbetriebe nicht in der Lage sind, ein Zwei-Schichten-System einzuführen, so daß sie bei Vorverlegung des Arbeitsbeginnes um eine Stunde die Bevölkerung nachmittags mit frischer Backware nicht mehr versorgen könnten;
6. die Früherlegung des Arbeitsbeginnes für Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bäcker- und Konditorhandwerk einen kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Rückschritt bedeuten würde.

Durch diese für das Bäcker- und Konditorhandwerk feststehenden Tatsachen kann eine Erörterung über die Venderung des mit dieser Entschließung gewünschten Zustandes nicht geben.

Der 4-Uhr-Arbeitsbeginn würde für das Bäcker- und Konditorenhandwerk große Nachteile und für die Bevölkerung keine Vorteile bringen.“

Damit war die hauptsächlichste Tagung erledigt. Bei der Wahl des Präsidenten wurde der Charlottenburger Bäckermeister Karl Gruber, bisheriger stellvertretender Präsident, an Stelle von Herrn W. Müller, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegte, gewählt. Herr Müller wurde zum Ehrenpräsidenten des Verbandes ernannt.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Breslau bestimmt.

Der Ausgang der Kieler Bäckermeistertagung wird endlich die süddeutschen Bäckerinnungen als Anhänger des 4-Uhr-Arbeitsbeginns zur Vernunft bringen müssen. Sie werden nunmehr einsehen, daß ihre Meinung von der überwiegenden Anzahl der Bäckermeister nicht geteilt wird.

Fünfte Reichskonferenz der Backmeister

Am 14. August tagte in Kiel die Reichskonferenz der Backmeister. Der Besuch war außerordentlich stark. Es waren anwesend 146 Personen, davon 134 Backmeister. Vom Verbandsvorstand nahmen die Kollegen Scharf und Kanke, von der Redaktion der Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“ Kollege Malskies teil. Außerdem waren vertreten: Gau-leiter Lehmann-Hamburg, die Bezirksleiter Auerbach-Kiel und Höhle-Hamburg und Ortsgruppenkassierer Kollege Graber-Kiel.

Nach Eröffnung der Konferenz begrüßte Genosse Böttcher die Teilnehmer im Auftrage des Ortsaus-schusses des DGB. Kollege Auerbach wünschte im Auftrage der Ortsgruppe der Konferenz die besten Erfolge. Unter allgemeinem Beifall berichtete er von dem guten Stand der Organisation und ihrem be-deutenden Aufschwung seit dem Zusammenschluß zur Einheitsorganisation. Herr Stadtrat Glud hieß namens des Magistrats die Teilnehmer herzlich will-kommen in den Mauern Kiels.

Kollege Scharf berichtete über die Tätigkeit der Reichssektion der Backmeister im Verlaufe der letzten drei Jahre. Er konnte darauf hinweisen, daß in den Genossenschaftsbetrieben allgemein die Backmeister den Tarifverträgen unterstellt sind. Dem Ansuchen der Unternehmer, daß die Backmeister als Angestellte in den Betrieben dem Werkmeisterverband angehören sollen, hat die Kollegenschaft keine Folge geleistet. Vom Verbandsvorstand wird der Plan erwogen, die Reichssektion der Backmeister in den Bäckereien zu erweitern und ihr alle technischen Betriebsleiter in den uns unterstellten Berufen einzureihen. Es werde da-her notwendig sein, eine Umstellung innerhalb der bestehenden Reichssektion der Backmeister, und wenn Einverständnis vorherrscht, wird der Verbandsvor-stand sie in die Wege leiten. Der Großbetrieb habe im Bäckergewerbe noch nicht die Bedeutung erreicht, wie sie ihm auf Grund seiner technischen Vervollkommenung zustehen würde. Nach einer vorgenommenen Erhebung bestehen immer noch eine große Anzahl Kleinbetriebe in den Genossenschaften, und die Zahl der tatsächlichen Großbetriebe ist noch sehr gering. Die Entwicklung des Bäckereigrößbetriebes gehe nicht in so raschem Tempo vor sich, wie es vielleicht früher den Anschein hatte.

In der Aussprache wurden vom Kollegen Manz-Stuttgart gegen die Bestrebungen der Lehrlings-haltung in den Genossenschaften Einwände erhoben. Für den Bäckereigrößbetrieb sei es nicht wünschens-wert, Lehrlinge auszubilden, weil diese Personen nicht die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden und technisch vervollkommen zu können. Für die Ge-nossenschaften wird es zweifellos von großer Be-deutung sein, wenn ein Austausch der Arbeiter er-folgen würde. Dadurch würde die Möglichkeit bestehen, diese Personen auch mit den Vorgängen in anderen Gegenden vertraut zu machen. Auch die nachfolgenden Diskussionsredner vertraten ebenfalls die Ansicht, daß die Lehrlingshaltung in den Genossenschaftsbetrieben nicht zu befürworten sei, jedoch der Austausch von Arbeitskräften viel Gutes schaffen könne.

Einstimmig erklärte sich die Konferenz mit dem Ausbau der Reichssektion für die technischen Betriebs-leiter einverstanden.

Kollege Moelter-Essen referierte über die Ent-wicklung der Technik im Bäckergewerbe. Sein gut durchdachter Vortrag brachte viel Wissenswertes für die Zuhörerschaft. Der Referent übte auch Kritik an den noch vielfach bestehenden unvollkommenen Ma-schinen und zeigte, daß nicht immer die mit großer Reklame angekündigten Neuerungen, die vielleicht für den Kleinbetrieb zweckmäßig sind, für den Groß-betrieb Erfolg haben. Wir werden später auf diese Ausführungen noch näher eingehen.

Kollege Kruse-Bremen sprach über die arbeits-rechtliche und soziale Stellung der technischen Betriebs-leiter. Auch diese Ausführungen wurden mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen, denn der Re-ferent verstand es in ausgezeichneter Weise, den Zu-hörern ihre rechtliche Stellung in der Gesetzgebung vor Augen zu führen.

Von Herrn Hofmann in Firma Laut und Hof-mann wurde eine neue Betriebsanlage einer Groß-bäckerei an Hand von Plänen erläutert. Auch hierbei konnten die Kollegen viel Neues erfahren auf dem Gebiete der technischen und innenbetrieblichen Ver-vollkommenung. Wenn auch dieser neu entstehende moderne Großbetrieb, der der größte in Europa sein soll, nur für die Großstädte in Frage kommen kann, so boten diese Ausführungen auch für die Kollegen in den Klein- und Mittelbetrieben sehr wertvolle Auf-klärungen.

Der Verlauf der fünften Backmeisterkonferenz be-wies erneut, daß diese Veranstaltung zweifellos im großen Interesse unserer technischen Betriebsleiter gelegen war. Neben diesen theoretischen Ausführungen hatten sie Gelegenheit, die Bäckerei-Fachausstellung, arrangiert vom „Germania“-Verband Deutscher Bäckereinnungen, besichtigen zu können, und auch dort wurde manches Neue auf dem Gebiete der Bäckerei-technik in der Praxis vorgeführt. So war auch diese Tagung, wie die vorhergehenden, zweifellos von

großem Wert für die Kollegen. Bei der in raschem Tempo um sich greifenden technischen Entwicklung muß auch der Betriebsleiter die Möglichkeit bekom-men, sich auf dem Maschinenmarkt informieren zu können. Wenn er nur in seinem Betrieb eingepfercht bleibt, dann wird die Möglichkeit zur technischen Weiterbildung bestimmt nicht bestehen, und weil die Organisation ein großes Interesse hat, unsere Back-meisterkollegen auch in technischer Hinsicht weiterzu-bilden, darum legte der Verbandsvorstand großen Wert darauf, ihnen die Möglichkeit zum Besuch der Ausstellung zu geben. Die nunmehr geschaffene neue Einrichtung einer Reichssektion aller technischen Be-triebsleiter wird bestimmt diesen Weg weiter be-schreiten, und für die technische Ausbildung noch Wert-vollereres schaffen können.

Staatsverwaltung u. Gewerkschaften!

Die Gewerkschaften haben wesentlich die Aufgabe und die Pflicht, in erster Linie die Arbeits- und Lohnverhältnisse so günstig wie oben möglich zu gestalten.

Daneben müssen wir, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, auch Einfluß auf die Staatsgewalt ausüben. In einem demokratischen Staatswesen kann dieser Einfluß nur über den Weg des Parla-ments und mit Hilfe einer politischen Partei geltend gemacht werden. Das enge nachbarliche Verhältnis zur SPD., das die freien Gewerkschaften während der ganzen Dauer ihrer Geschichte ge-pflegt haben, macht ein Eintreten für die SPD. zur Pflicht, daher wird jede Stei-gung der Macht der Sozialdemokrati-schen Partei, jeder Gewinn an Mit-gliedern für die Partei von den Gewerk-schaften als Machterweiterung begrüßt werden.

Es gilt daher, am 14. September einmütig und geschlossen

Liste 1

der Sozialdemokratischen Partei zu wählen.

Der Reichsernährungs-minister antwortet

Auf unser Schreiben vom 23. Juli an den Reichs-ernährungsminister (siehe Nr. 32 der „Einigkeit“) betreffend Milderung der Vermahlungspflicht von Inlandweizen erhielten wir am 14. August folgende Antwort:

„Dem Vorschlage der westlichen Mühlen, den sich auch der Verband der Nahrungsmittel- und Getränke-arbeiter in seiner Eingabe vom 23. Juli 1930 zu eigen gemacht hat, kann schon aus dem Grunde nicht ent-sprochen werden, weil das Gesetz über den Vermah-lungszwang von Inlandweizen keine entsprechende Ermächtigung für die Reichsregierung oder den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorsieht. Abgesehen hiervon vermag ich aber auch den von den westlichen Mühlen vertretenen Standpunkt nicht als berechtigt anzuerkennen. Wie mir in einer einge-führten Aussprache mit den an der Handhabung des Vermahlungszwanggesetzes interessierten Spitzen-organisationen von den Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrats und der landwirtschaftlichen Ver-bände dargelegt worden ist, ist die Weizenernte men-genmäßig noch größer als im Vorjahr zu veranschla-gen und nunmehr so weit beendet, daß von allen Teilen des Reichsgebietes ein äußerst dringendes Angebot an Inlandweizen vorliegt, das keine ausreichende Aufnahme findet. (???) D. Red.) Diese Darlegungen werden nicht nur durch zahlreiche Aufträge auf so-fortige Heraushebung der Vermahlungsquote — ins-besondere auch aus Bayern —, sondern vor allem auch durch die Preisentwicklung der letzten Zeit bestätigt, wie nachstehende Uebersicht ergibt:

| | Preis für eine Tonne in Reichsmark an den Börsen | | |
|---------------------|--|---------|-----------|
| | Berlin | Breslau | Magdeburg |
| 19. Juni | 303 | 292 | — |
| 30. „ | 287,50 | 280 | 290—292 |
| 11. Juli | 285,50 | 280 | 278—280 |
| 1. August | 261 | 246 | 262—264 |
| 7. „ | 246,50 | 246 | 248—250 |
| 13. „ | 247,50 | 246 | 248—250 |

Die Preisentwicklung beweist demnach, daß tat-sächlich ein ausreichendes Angebot vorliegt, um auch

die Durchführung des jetzt beschlossenen erhöhten Ver-mahlungssatzes von 60 Proz. zu ermöglichen. Um die Durchführung für alle Mühlen zu erleichtern, habe ich trotzdem von der Festsetzung einer starren Quote für die zweite Hälfte des August abgesehen und die Quote von 60 Proz. für die Zeit vom 15. August bis zum 30. September 1930 festgesetzt; infolge dieses größeren Bewegungsspielraumes können die Mühlen die Vermahlung des Inlandweizens zeitlich hinreichend verteilen.

Unter diesen Umständen vermag ich auch nicht an-zuerkennen, daß etwaige Stilllegungen der Mühlen auf die Auswirkungen des Vermahlungszwangs-gesetzes zurückzuführen sind.“

Der Reichsernährungsminister stützt sich darauf, daß lediglich die westlichen Mühlen sowie unser Ver-band eine Milderung der Vermahlungspflicht ver-langt haben. Erwähnt wird nicht, daß zahlreiche In-dustrie- und Handelskammern sowie auch Regierungs-präsidenten unsere Forderung mit unterstützt haben. Abwegig ist auch die Erklärung, der Reichsernährungs-minister hätte keine entsprechende Ermächtigung, um unserer Forderung Rechnung zu tragen. Der Reichs-ernährungsminister hat jedoch die Ermächtigung, die zu vermahlende Inlandweizenquote nicht über 40 Proz., wie es geschehen ist, zu erhöhen. Sonderbarerweise be-ruht er sich auf die Vertreter des Deutschen Industrie- und Landwirtschaftsrates und der landwirtschaftlichen Verbände. Nach deren Angabe sei die Weizenernte mengenmäßig größer als im Vorjahre. Das steht im direktem Widerspruch zu den letzten Veröffentlichun-gen, wonach die Getreideernte allgemein und insbe-sondern die Weizenernte in diesem Jahre geringer als im vorigen Jahre ist. Hinzu kommt noch, daß die ge-ernteten Weizenmengen in diesem Jahr nicht voll-ständig für Mahlzwecke verarbeitet werden können. Der langanhaltende Regen während der Erntezeit hat die Qualität des Weizens beträchtlich gemindert. Im übrigen beruft sich der Reichsernährungsminister auch auf die Preisentwicklung. Den Preisrückgang weist er nach, indem er an die Spitze den Höchstpreis des Weizens vom 19. Juni setzt. Diese rückläufige Bewe-gung tritt aber in jedem Jahr zur Ernte ein. Im übrigen ist der Preis vom 13. August nicht etwa niedrig, sondern ein rentabler Preis für die Land-wirtschaft. Dann bestreitet der Minister, daß die Still-legungen auf die Auswirkungen des Vermahlungs-zwangsgesetzes zurückzuführen wären. Der Reichs-ernährungsminister weiß das also besser als die in Frage kommenden Mühlen und Mühlenarbeiter.

Verbandstag der bayr. Schäffler

Der erste Verbandstag des Bayerischen Schäffler- und Küfermeisterverbandes in Bamberg war nach dem Bericht nicht besonders gut besucht. Der Bericht über den Mitgliederstand zeigte, daß von 929 Mit-gliedern am 1. Juli 1929 nur noch 639 am 1. Juli 1930 vorhanden waren; also ein Mitgliederverlust von einem Drittel. Vier Bezirksgruppen sind ge-schlossen ausgetreten. Die angegebenen Gründe für diese Austritte werden in der Beitragsrechnung, großer Arbeitslosigkeit und Konkurrenz der Blech-industrie angegeben. Aber es soll auch eine große Interesselosigkeit der Mitglieder vorhanden sein.

Es dürften aber auch andere Gründe vorhanden sein, die zu solcher rückläufiger Bewegung geführt haben. Der Verband der Schäffler und Küfermeister in Bayern ist kein einheitliches Gebilde. Auf der einen Seite Großmeister und Fabrikanten, auf der anderen Seite Kleinmeister, die zu einem großen Teil aus den Reihen unserer Arbeitnehmerkollegen hervorgegangen sind, und die, wenn man Klassencheidung vornimmt, der Arbeiterklasse näherstehen als den großkapitalisti-schen Unternehmern.

Es besteht ein Satz in der politischen Literatur, der sagt: Wer seine Klasse verleugnet, wird von der an-deren zermalmt. Dies trifft auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu. Wenn Großunternehmer und kleine Hand-werksmeister in einer Interessengemeinschaft ver-einigt sind, so ist das ein Verhältnis wie Feuer und Wasser, und noch niemand wird erlebt haben, daß der kleine den großen bemeistert hat.

Wer die „Bayerische Schäffler- und Küferzeitung“ verfolgt, kann feststellen, daß ihre Schreibweise rea-ktionär ist. Wie sind in den letzten Monaten, als der Kampf von den Arbeitgebern und ihren Verbänden gegen die Arbeitslosenversicherung einsetzte, die Ar-beitslosen heruntergerissen worden, wie wurde ge-zetert über die Unlust zur Arbeit und Schwarzarbeit der Arbeitslosen, trotzdem man außerstande war, den arbeitslosen Schäfflern Arbeit zu geben, und nun muß man auf dem Verbandstag zugeben, daß ein Teil der Meister selbst arbeitslos ist.

Mit der Solidarität der Meisterorganisation scheint es auch nicht weit her zu sein; dies beweist die Ein-gabe an die bayerische Holzindustrie-Berufsgenossen-schaft, in der ersucht wird, in eine niedere Gefahren-klasse eingereiht zu werden, um keine so hohen Bei-träge zahlen zu müssen. Im Antwortschreiben dieser Berufsgenossenschaft wird darauf hingewiesen, daß sich eine ganze Anzahl Betriebe, die versicherungsp-flichtig sind, der Anmeldepflicht entzogen haben, wo-durch dann die Angemeldeten um so höhere Beiträge zu zahlen haben

Auf dem Verbandstag wurde auch hohe Politik getrieben. Ein Regierungsvertreter aus Bayreuth hat aufgefordert, bei den kommenden Reichstagswahlen rechts zu wählen, dann würde es den bayerischen Schäfflermeistern wieder besser gehen. Welches Kalb wählt aber seinen Mehger?

Katastrophale Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe

Die furchtbare Massenarbeitslosigkeit lähmt das gesamte Wirtschaftsleben. Wie von einer Seuche werden nicht nur einzelne Berufe und Gewerbegebiete, sondern alle Kreise in Mitteleuropa gezogen. Bekanntlich grassierte die Arbeitslosigkeit zuerst unter der Arbeiterschaft der Außen- und Schlüsselberufe, bis sie auch die andern Berufe ergriff.

Als nächstes sichtbares Zeichen des Massenelends trat der Konsumrückgang in Erscheinung. Der dem Handel wie überhaupt der Geschäftswelt entstandene Ausfall wird auf 1,4 Milliarden Mark geschätzt. Schließlich sorgten die Scharfmacher aller Schattierungen mit ihrem Lohnabbau noch weiter dafür, daß der Schmachtriemen der Arbeiter- und Konsumentenschaft noch enger geschnallt werden mußte. Augenblicklich befinden wir uns ohne Zweifel in einer neuen Ernährungs- und Wirtschaftskatastrophe wie während des Krieges und der Inflationszeit, lediglich mit dem Unterschied, daß die Kriegswirtschaft eine normale Ernährung nicht zuließ, während heute das Volk bei vollen „Scheuern“ und vollständiger Verarmung langsam zugrunde gehen muß. Der Siegeszug der weiteren Massenverelendung wird auch vor einer Unterernährung, die zu einem großen Teil schon heute vorhanden ist, nicht haltmachen.

Unter diesen Umständen ist auch das Fleischer- gewerbe von der Arbeitslosigkeit sehr stark betroffen. Im Juni 1930 wurde die Zahl der Arbeitssuchenden mit 18 266 angegeben, während sie 1928 weit unter der Hälfte lag. In der Zeit von April bis Juni 1930 kamen auf 100 offene Stellen 1465 Arbeitssuchende, während noch im Vorjahr 744 und 1928 562 zu verzeichnen waren.

Diese wenigen Zahlen reden eine furchtbare Sprache über das Elend unter den Arbeitern im Fleischer- gewerbe. Hier bewahrheitet es sich erneut wieder, daß die Not der gesamten Arbeiterschaft auch die unsere ist. Um wir es deshalb der übrigen Arbeiterschaft gleich und bauen wir unseren Verband zu einem mächtigen Bollwerk gegen die wirtschaftliche Verelendung aus.

Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Fischbetrieben

Bisher fand der § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und 14. April 1927 für die Fisch- verwertungsbetriebe keine Anwendung. § 7 regelt die Ueberschreitung der im Tarifvertrag oder durch be- hördliche Anordnung festgesetzte Arbeitszeit. Eine Ueberschreitung der Arbeitszeit ist in gesundheits- schädigenden Industrien und Betrieben nur dann möglich, wenn sie im Interesse des Allgemeinwohles notwendig ist und sich als langjährige Übung erweist und eine halbe Stunde nicht übersteigt. Dem Sozialpolitischen Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates lag schon seit einiger Zeit ein Antrag vor, wonach die Fischverwertungsbetriebe, die Marinieranstalten, Kühl- und Klippfischwerke, Fischkonserven- fabriken und Fischmehlfabriken künftig unter den § 7 der Arbeitszeitverordnung fallen sollen. Im Anschluß an diesen Antrag nahm der Arbeitsausschuß eine Be- sichtigung der Betriebe in Hamburg, Cuxhaven, Bremerhaven und Wesermünde vor und beschloß nach

eingehenden Beratungen, dem Sozialpolitischen Aus- schuß folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

„In das Verzeichnis des § 7 sind aufzunehmen: 1. In Fischräuchereien die Zubereiterinnen und die Räucherer. 2. In Marinieranstalten oder Fischkon- servenfabriken die Zubereiterinnen, Kocher und Koch- rinnen sowie die Bräterinnen. 3. In Klippfischwerken die Arbeiter und Arbeiterinnen an den Zubereitungs- maschinen, die Wäscherinnen und Salzerinnen. 4. In Kühl- und Klippfischwerken die Arbeiter und Arbeiterinnen, die vorwiegend in Kühlräumen beschäftigt sind, die Zu- bereiter und das Personal an den Bearbeitungs- maschinen; die Unterstellung der Arbeitergruppen in



Moderne Raubritter -

1 bis 4 jedoch nur dann, sofern nicht ausreichende Schutzmaßnahmen gegen Rauch, Dünste, Rässe und Kälte getroffen sind. 5. Die in Fischmehlfabriken be- schäftigten Arbeitnehmer, soweit sie mit dem eingehen- den Rohmaterial zu tun haben.“

Deshalb wurden nicht alle Betriebe und Arbeit- nehmergruppen für die Unterstellung vorgeschlagen, weil die Mehrheit des Ausschusses die im § 7 an- gegebenen Voraussetzungen nicht gegeben erachtete.

Wichtig ist die Feststellung des Arbeitsausschusses, daß viele Frauen und Mädchen Arbeiten im Stehen verrichten müssen, obwohl die Möglichkeiten zu Sitz- gelegenheiten genügend vorhanden sind. In Verfolg dieser Feststellung legte der Arbeitsausschuß dem So- zialpolitischen Ausschuß nachstehende Entschlie- ßung vor:

„Bei der Besichtigung der Fischverwertungsbetriebe wurde festgestellt, daß die Arbeiterinnen ihre Arbeit in überwiegendem Maße stehend verrichten müssen. Um gesundheitliche Schädigungen der Arbeiterinnen, die sich auf Grund dieser Arbeitsweise ergeben, hin- anzuhalten, hält es der Arbeitsausschuß für erfor- derlich, den Herrn Reichsarbeitsminister zu eruchen, die Gewerbeaufsichtsbeamten anzuweisen, dieser Art der Arbeit ihre erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, um die Arbeitgeber zu veranlassen, soweit technisch möglich, geeignete Sitzgelegenheiten zu schaffen.

Ferner vertritt der Arbeitsausschuß die Auffassung, daß das Einsalzen der Fische in den Klippfischwerken eine für Arbeiterinnen ungeeignete Tätigkeit ist.“

Diesen Antrag nahm der Sozialpolitische Ausschuß

und die Entschlie- ßung gegen eine geringe Minderheit an. Selbstverständlich stimmten die Arbeitgeberver- treter, wie immer, wenn es sich um eine Verbesserung für die Arbeiterschaft handelt, dagegen. Am Reichs- arbeitsminister liegt es nunmehr, diese Beschlüsse durchzuführen und sie Gesetz werden zu lassen.

Die Arbeitslosigkeit in unseren Berufen im Juli

Die Auswirkung der ungünstigen Arbeitsmarktlage im allgemeinen macht sich immer deutlicher durch Zu- nahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie bemerkbar. Im Juli hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat von 17 610 auf 19 341 und die der Kurzarbeiter von 10 001 auf 17 366 erhöht! Die größte Steigerung dieser Elendsziffern weist die Stroh- warenindustrie auf; aber auch in der Getränkeindustrie hat sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Kurzarbeit ganz erheblich zugenommen. Das sind die Folgen der verkehrten Wirtschaftspolitik und der reaktionären Zoll- und Steuermaßnahmen, die leider in erster Linie die Arbeiterschaft zu spüren bekommt! Nach den Wün- schen der Scharfmacher, die zwar auch jetzt wieder bei der Reichstagswahl auf die Stimmen der Arbeiter reftettieren, soll es sich an der Zeit sein, die bis- herigen Errungen, aften auf dem Gebiete der So- zialpolitik und Sozialversicherung zu beseitigen. Unsere Berufscollegen wissen, daß demgegenüber der solida- rische Zusammenhalt in der Gewerkschaft sowie in den politischen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter notwendiger als je ist.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt sich die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Verbands- mitgliedern wie folgt:

| Industriegruppe | Arbeitslos | | Kurzarbeit | |
|---------------------------|------------|--------|------------|--------|
| | Juni | Juli | Juni | Juli |
| Strohwarenindustrie . . . | 4 523 | 5 284 | 6 089 | 10 733 |
| Bäcker und Konditoren | 3 953 | 3 953 | 591 | 1 587 |
| Getränkeindustrie | 3 229 | 3 956 | 1 071 | 1 864 |
| Fleischer | 2 700 | 2 322 | 675 | 1 628 |
| Müller | 1 711 | 2 103 | 1 130 | 1 087 |
| Böttcher und Weintkier | 1 494 | 1 723 | 445 | 467 |
| Insgesamt | 17 610 | 19 341 | 10 001 | 17 366 |

Nach den amtlichen Berichten der Arbeitsnachweise entfielen im Bäckergewerbe im Monat Juni (die Zahlen für Juli liegen noch nicht vor) auf je 100 offene Stellen nicht weniger als 1004 Arbeitsgesuche. In den Arbeitsnachweisen waren 33 597 arbeitslose Bäcker- und Konditorgehilfen eingetragen, dagegen waren nur 3346 offene Stellen vorhanden. Im Flei- schergewerbe entfielen auf 100 offene Stellen 1465 Arbeitsgesuche. Hier waren 18 266 Arbeitslose ein- getragen, denen 1247 offene Stellen gegenüberstanden. In den handwerklichen Berufen mit der großen Lehr- lingszucht ist also die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Es ist daher unbegreiflich, wenn angesichts solcher Feststellungen manchem Kleinmeister selbst die beschei- denen Lehrlingsbeschränkungen noch zu weitgehend sind.

Krankenkassentagung in Dresden

In Dresden fand der 34. Krankenkassentag, der von 2500 Delegierten und Gästen aus allen Teilen Deutsch- lands besucht war, statt. In einer Zeit, in der die Atmosphäre bis zum Platzen mit Explosionsstoff und Kampfstimmung geladen ist, gewinnt der Kongreß besondere Bedeutung. Die Regierung Brüning-Stege- rwald mit ihrem tolerant-christlichen Einschlag kann für sich das Privileg in Anspruch nehmen, die reaktio-

Die Kieler Bäckereifach-Ausstellung

Die allgemeine Wirtschaftsmisere drückte auch auf die Veranstaltung der Bäckereifachausstellung in Kiel. Trotz der erdenklichsten Bemühungen des Magistrats mit der Ausstellungsgesellschaft bleibt der Vergleich mit Offen weit zurück. Wenn selbst die führenden Firmen von großen Arrangements absehen mußten, dann kann man von den kleinen nicht Uebermenschliches verlangen. Immerhin wurde an allen Ausstellern das Möglichste getan, der Bäckereifachwelt ihr Können zu zeigen.

Wenn auch die Kieler Ausstellung in bezug auf die Zahl der ausstellenden Firmen und ausgestellten Ma- schinen nicht die Größe der Offener Ausstellung er- reichte, so hat sie doch für den Bäckereifachmann viel Sehenswertes. In erster Linie beherrschten wieder die Brötchenwerk-, Teil- und Abwiegemaschinen den Aus- stellungsmarkt. Eine Firma suchte auf diesem Sonder- gebiet die andere zu überbieten, und der Laie auf dem Gebiet des Maschinenbaues wird sich oft genug gefragt haben, ob denn die notwendige Teigbehandlung nicht mit Hilfe weniger umfangreicher und komplizierter Maschinen geschehen kann, als das bei einigen der ausgestellten Maschinen gezeigt wurde.

Neben Knetmaschinen aller Art wurden Teigwalzen-, Brot- und Zwiebackschneidemaschinen, Teigauspreß- maschinen, Mälzereimaschinen, Senmel- und Zerklei- nerungsmühlen, Obf- und Streuzelmühlen, Einwickel-

maschinen, Rühr- und Schlagmaschinen, Blechputz- maschinen und anderes mehr ausgestellt. Alle Arten Backofensysteme waren vorhanden. Von der Dampf- rohrheizung, Gasfeuerung, elektrischen Heizung bis zur Delfeuerung, die anscheinend jetzt mehr als früher in Bäckereien Eingang findet. Auch eine Anzahl Waschen- apparate waren zu sehen.

So betrachtete auch der Praktiker mit einer anderen geistigen Einstellung die Ausstellung als der Presse- mensch. Für diesen kommen noch andere nicht minder wichtige Gesichtspunkte in Frage.

Wer Lust und Geld dazu hatte, konnte jedenfalls mit der Einrichtung einer Bäckerei beginnen; hatte es doch den Anschein, als ob in dieser Beziehung auf der Ausstellung an alles gedacht wurde — und doch fehlte eines, und zwar etwas sehr Wichtiges, nämlich — die Berücksichtigung des Unfallschutes an zahlreichen der ausgestellten Maschinen. Alljährlich findet in London im Herbst eine Bäckereimaschinen- fachausstellung statt. Auf dieser Ausstellung kann man auf den meisten Ständen große Plakate mit der Inschrift „safety first“ („Sicherheit zuerst“) sehen. Entsprechend diesen Hinweisen findet dann auch der Ausstellungsbefucher durchweg tabellos geschützte Ma- schinen. Jedenfalls weisen schon die Plakate darauf hin, daß der Unfallschutz ein Bestandteil der eng- lischen Ausstellung ist und daß der Gedanke des Ma- schinenschutzes den Aussteller beeinflusst und beherrscht.

Ganz anders die deutschen Ausstellungen und Messen! Es hat manchmal den Anschein, als ob einzelne Firmen des Maschinenbaues sich absichtlich blind stellten und die Gefahr nicht sehen wollten, in die ihre Maschinen das Bedienungspersonal bringen. Anders ist es über- haupt nicht mehr zu verstehen, daß noch heutigen Tages Maschinen konstruiert und ausgestellt werden, deren Bedienung nur mit Gefahr für die Arbeiter vor sich gehen kann. In den Jahresberichten der Nahrungs- mittelindustrie-Berufsgenossenschaft wird seit Jahren darauf hingewiesen, daß es Aufgabe des mo- dernen Maschinenbaues sei, der Un- fallschutz beim Entwurf der Maschine zu berücksichtigen und nicht mit der Siche- rung zu beginnen, wenn die Maschine fertig steht und bereits Unfälle vorgekommen sind! Wurde diesem berufs- genossenschaftlichen Verlangen entsprochen?

So sehen wir unter anderem eine Knetmaschine mit senkrecht arbeitendem Knetarm und einer knapp über dem Fußboden liegenden Fußlein- und ausschaltung. Da der mit der Reinigung der Maschine betraute Ar- beiter gezwungen ist, sich mit dem Körper in den Knetbottich hineinzubeugen, und er dabei mit dem Fuß sehr leicht versehentlich den Einschalter der Ma- schine betätigen, diese also in Gang setzen kann, läuft er ohne weiteres Gefahr, von dem Arm der Maschine erfaßt zu werden. Das dürfte jedem einleuchten, nur

närste Regierung seit Ende des Krieges in Deutschland zu sein. Sie hat auch mit brutaler Hand vor einigen Wochen in die Krankenversicherung eingegriffen. Mit ihrer Notverordnung forderte sie nicht nur die Versicherten, die Arbeitenden, sondern auch die Krankenkassen heraus.

Wir begrüßen es deshalb, daß der Krankentag mit aller Offenherzigkeit durch seinen Vorsitzenden Lehmann nicht nur die demagogischen Angriffe gegen seine Person zurückwies, sondern auch scharfe Worte gegen die Regierung fand. Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen der in Vertretung des Reichsarbeitsministers anwesende Ministerialdirektor Grieser die Tagung fluchtartig verließ. Er hätte sich schon vorher denken können, daß ihm der Krankentag nicht mit Komplimenten aufwarten würde und dem Reichsarbeitsminister seine Anerkennung zollt. Wenn selbst, wie Grieser später in seinem Telegramm an die Tagung mitteilte, Angriffe gegen den Reichsarbeitsminister gefallen sein sollten, wovon keine Rede sein kann, so wären sie nur berechtigt gewesen; denn eine solche Tagung hat die Pflicht, offen und möglichst laut, damit es alle Arbeiter im Lande hören, anzusprechen, welcher unerhörter Mißbrauch mit dem § 48 zuungunsten der Arbeiter getrieben wurde.

Das Echo des Krankentages muß tausendfältig widerhallen, daß von den Ärmsten der Armen im Krankheitsfalle erst eine Krankeneingebühr von 50 Pf. verlangt wird, ehe sie behandelt werden können. Es muß sich von Mund zu Mund herumsprechen, daß es die Absicht der Regierung Brüning-Stegerwald ist, daß derjenige, der diese 50 Pfennig nicht aufbringen kann, zugrunde gehen soll! Kollege Broecker vom ADGB brachte zum Ausdruck, daß die Reform der Krankenversicherung bitterste Enttäuschung gebracht hätte und daß es sich um keine Verbesserung, sondern Verschlechterung handelt.

Der Höhepunkt der Tagung wurde durch das Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes, Lehmann, erreicht. Er stellte fest, daß die Weiterentwicklung der Sozialversicherung durch die Notverordnung unterbrochen sei. Das sei ein großer Schritt nach rückwärts. Die Regierung Brüning-Stegerwald habe Sparmaßnahmen diktiert, die von antisozialen Geistes getragen sind. Es ist dabei nicht erwiesen, daß die eingesparten Beträge das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung decken werden. Wenn die Regierung auf ihrem Weg weitergeht, dann ist das Ende der Sozialversicherung bald da!

In einer Entschließung wurde Protest erhoben, daß durch die Notverordnung nicht nur völlig ungerechte Verschlechterungen der Leistungen in der Krankenversicherung, sondern auch einschneidendste Verschlechterungen in der Selbstverwaltung vorgenommen wurden. Es heißt dann weiter: „Die Versicherten erwarten, daß der kommende Reichstag diese unsachliche Gesetzgebung wieder beseitigen und an ihre Stelle eine Reform der Krankenversicherung gesetzt wird, die den Forderungen und den Bedürfnissen der Versicherten gerecht wird.“

Vorstand und Beirat des Hauptverbandes stellten weiter fest, daß die durch die Verordnung hervorgerufenen Einschränkungen der Krankenversicherung nicht dem Reformprogramm des Hauptverbandes entsprechen.

Wahlaufruf der Industrie

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat einen Aufruf zu den Reichstagswahlen erlassen, in dem der Bürgerblockregierung Brüning-Stegerwald ihre Unfähigkeit bescheinigt wird. Der Aufruf beginnt mit folgendem Satz: Die Entwicklung des letzten Jahres, insbesondere der letzten Monate, hat unwiderlegbar

dem Maschinenfabrikanten scheint hierfür das Verständnis gefehlt zu haben! Wir trafen weiter Brotteigauspressmaschinen an, die nach den Jahresberichten der Berufsgenossenschaft zu den gefährlichsten Maschinen zu rechnen sind, die wohl im Gegensatz zur Essener Ausstellung hohe Einschütt-Trichter aufwiesen, bei denen aber diese Trichter durch zwei Flügelmuttern befestigt waren, die Trichter also ohne weiteres entfernt werden konnten. Ist es nicht ein Armutzeugnis, das sich die deutsche Maschinenindustrie ausstellt, wenn sie glaubt, in dieser Weise eine notwendige Sicherung der Maschinen umgehen oder ausführen zu sollen? Weiß der Maschinenbau nichts von zwangsläufigen Vorriegelungen?

Obgleich einzelne Firmen ganz hervorragende Sicherungen der Brotschneide- und Zwiebackschneidemaschinen zeigten, waren Maschinen anderer Firmen dieser Gattung zu sehen, die minderwertige Sicherungen aufwiesen. Stücke von perforiertem Blech, die keinerlei Anspruch auf die Bezeichnung „Schutz“ machen konnten, sollten anscheinend Sicherheitsvorrichtungen darstellen. Auffallend war, daß auch viele der ausgestellten Brötchenwerk- und -teilmaschinen gefährliche Quetschstellen aufwiesen. Obgleich eine dieser Maschinen auf der Essener Ausstellung wegen ihrer Gefährlichkeit aufgefallen war, wurde sie jetzt wieder in dem alten Zustand gezeigt. Die Sicherung der gefährlichen Böttchfnetmaschine, der einzigen, die aus-

gezeigt, zu welchen verheerenden Folgen für Volk, Staat und Wirtschaft eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik führt. Deutlicher konnte es der Regierung nicht gesagt werden.

In dem Aufruf wird aufgefordert, nur bei solchen Parteien mitzuarbeiten und ihnen die Stimme zu geben, die unzweideutig für die Erhaltung und Entwicklung der Privatwirtschaft sowie für das Privateigentum eintreten. Diese Aufforderung ist allerdings nicht mit dem ziemlich am Ende des Aufrufes ausgesprochenen Verlangen, nur Volksvertreter in den Reichstag zu schicken, die das Wohl des Volksganzen und des Staates im Auge haben, in Einklang zu



Und ihre Bezwingen

bringen. Nach den Erfahrungen, die bis heute vorliegen, sind es gerade die Parteien, die das Privateigentum bejahen und damit die Ausbeutung der Unbesitzenden betreiben, die nicht das Allgemeininteresse, sondern nur ihr eigenes im Auge haben.

Der Aufruf schließt mit den Worten: Wer dieses Mal die persönliche Mitwirkung an der Wahlvorbereitung scheut und den Gang zur Wahlurne unterläßt, veründigt sich an Staat, Bürgertum und Wirtschaft. Diesem Schlußsatz schließen wir uns an, nur mit der Abwandlung, daß der, der nicht zur Wahl geht oder seine Stimme einer anderen als der Liste 1 gibt, sich an der Arbeiterklasse veründigt.

Amtliche Lohnerhebung in der Brauindustrie

Neben den amtlichen Lohnfeststellungen, die regelmäßig in allen Industrien vorgenommen werden, wird auf Grund der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes betreffend Lohnstatistik in den beiden auf den 16. August folgenden Lohnwochen eine Erhebung über den tatsächlichen Arbeitsverdienst in der Brauindustrie durchgeführt. Die Erhebung erstreckt sich nicht auf alle Brauereien und Arbeiter, die in den an der Erhebung beteiligten Betrieben beschäftigt sind. Es werden lediglich etwa 500 Betriebe der verschiedensten Betriebsgrößen erfaßt mit rund 40 000 Arbeitern. Von den gelernten Arbeitern sind nur die im inneren Betrieb beschäftigten Brauer aufgeführt. Das Fahrpersonal wird unterteilt in Bierfahrer, Mit-

gestellt war, ließ insofern zu wünschen übrig, als die Auspressöffnung ohne Sicherung belassen worden war.

Eine Kaiserfemmelwerkmaschine wurde gezeigt, die jeden Gedanken an Unfallschutz beim Entwurf der Maschine vermissen ließ. Ein mit einer bohrerartigen Rotiervorrichtung versehener Stempel drückt, ähnlich wie bei einer Presse, auf eine sich drehende mit Vertiefungen versehene Scheibe. Bei der geringsten Unvorsichtigkeit des Arbeiters besteht die Gefahr des Erfastwerdens der Hand! Obst- und andere Zerkleinerungsmaschinen waren ausgestellt, die keinerlei Schutz der gefährlichen Schnecken aufwiesen.

Eine Brötchenzählmachine — eine ganz neue Maschine — ließ ebenfalls den notwendigen Schutz vermissen. Obgleich in Bäckereireisen ganz allgemein bekannt ist, daß alljährlich zahlreiche tödliche Unfälle durch mangelhafte Isolierung der elektrischen Backofenbeleuchtung vorkommen, war nicht eine Anlage zu sehen, die Schutztransformatoren zeigte.

Es würde zu weit führen, hier im Rahmen einer kurzen Besprechung alle und jede Maschine aufzuführen, die auf der Ausstellung gezeigt wurde und die die notwendige Sicherheit vermissen ließ. Jedenfalls bleibt es im höchsten Grade bedauerlich, daß noch heutigen Tags Maschinen erstellt, ausgestellt und in die Betriebe eingeführt werden dürfen, von denen mit größter Sicherheit anzunehmen ist, daß sie Unfälle zeitigen müssen. Die vom Verein deutscher Maschinen-

fahrer, Kraftwagenführer und Gespannführer. Die ungelerten Arbeiter werden in männliche Hilfsarbeiter über 20 Jahre und Arbeiterinnen über 18 Jahre geteilt. Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Arbeitergruppen, Berufsarten und Altersstufen richtet sich nach den Bestimmungen der für das Braugewerbe geltenden Tarifverträge. Als Lohnform wird für alle Arbeitergruppen und Berufsarten der Zeitlohn erfragt.

Für jede Berufsart wird vom Statistischen Reichsamt ein besonderer Fragebogen herausgegeben. Auf diesem Bogen ist jeder Arbeiter einzeln aufzuführen. In den dann folgenden Spalten ist einzutragen, wieviel Tage und Stunden er in der Berichtszeit gearbeitet hat, welcher Bruttolohn einschließlich des Steuerabzuges und der Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung dafür gezahlt wurde und welche Mengen Freitrunk gewährt werden. In einer weiteren Spalte wird der Steuerabzug vom Lohn und in der letzten der Beitrag zur Sozialversicherung aufgeführt. In der Anleitung zur Ausfüllung der Fragebogen, die jedem einzelnen Betrieb übermittelt wird, wird zu Spalte 5 bemerkt, daß hier der gesamte Bruttolohn anzugeben ist. Dazu gehören neben dem Tariflohn sämtliche Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit, Mehr- und Ueberlöhndzuschläge, Provisionen, Kilometergelder, Zehrgelder, Tisch- und Uebernachtungsgelder, ferner Schichtzuschläge, Zuschläge für Stall- und Schmutzarbeiten, Sozialzulagen sowie sämtliche sonstigen frei vereinbarten Vergütungen oder Zulagen. Hier scheint ein Mangel vorzuliegen, und zwar insofern, als in dem ersten Satz von der Summe gesprochen wird, die in der genannten Anzahl von Arbeitsstunden verdient worden ist, und im zweiten Satz Zehr- und Uebernachtungsgelder aufgeführt werden, die dazu gehören. Diese Gelder sind aber keine Verdienste, sie sind noch nicht einmal steuerpflichtige Vergütungen, sondern sind nur Beträge, die der Fahrer im Interesse des Betriebes ausgegeben hat und die er gleichzeitig mit der Lohnzahlung zurückerstattet erhält. Dies wurde auch von den Finanzämtern anerkannt mit dem Erfolg, daß diese Gelder nicht der Einkommensteuer unterliegen. Angesichts dieser Tatsachen ist es direkt abwegig, diese Gelder als zum Einkommen gehörig aufzuführen. Ueber die wirklichen Verdienste der Bierfahrer wird somit ein falsches Bild entwickelt.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Fragebogen vom Betriebsleiter und auch vom Betriebsrat, wo ein solcher nicht vorhanden ist, vom Betriebsobmann zu unterschreiben sind. Die Betriebsvertretung bestätigt mit ihrer Unterschrift, daß sie gegen die Eintragungen nichts einzuwenden hat.

In Kampfesstellung

Der Verein der Mittelbadischen Weinhändler und Branntweinbrenner kündigte unserem Verband den seit 1924 in Geltung befindlichen Mantel- und Lohn-tarif vom 6. September 1929 zum 31. August. Die Mittelbadischen Weinhändler und Branntweinbrenner halten scheinbar die Zeit für gekommen, ihren Arbeitern Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Diese Absicht geht unverkennbar aus ihren Vorlagen hervor, die sie uns zugesandt haben. Sie wollen damit gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und beabsichtigen nicht nur eine Verschlechterung des bisherigen Manteltarifvertrages, sondern fordern auch einen Lohnabbau an der Spitze von 8 Pf. die Stunde, obwohl für gleichartige Betriebe in Unter- und Oberbaden sowie auch für Württemberg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifvertraglich in Geltung sind. Dieser Vorstoß der Mittelbadischen Weinhändler und Branntweinbrenner gegen die Interessen der Arbeiterschaft erfolgte trotz der vorherrschenden Teuerung.

bauanstalten unterhaltenen Messkommissionen, die sich ja auch mit dem Unfallschutz befassen sollen, scheinen bisher wenig Besserung gebracht zu haben. Rück-sichtsloser Ausschluß solcher Maschinen von Ausstellungen kann hier nur helfen. Besser der unbelehrbare Maschinenfabrikant erleidet Schaden, als daß durch den Verkauf solcher Maschinen die gefundenen Maßnahmen der Arbeiter immer wieder aufs neue gefährdet werden. Der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft kann nicht dringend genug geraten werden, der ungeschützten Maschine auch weiterhin ihre vollste Aufmerksamkeit entgegenzubringen und in ihren bisherigen Bestrebungen auf diesem Gebiet nicht zu erlahmen, wenn ihr auch von den führenden Herren des „Germania“-Verbandes, wie das auf der diesjährigen Genossenschaftsversammlung ersichtlich wurde, in dieser Beziehung keine Unterstützung zuteil werden dürfte. Vielleicht ist aber das Reichsarbeitsministerium in der Lage, der Angelegenheit den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Bei zukünftigen Ausstellungen sollten sich aber doch die Veranstalter ernstlich mit der Frage beschäftigen, wie sie ihren Einfluß auf solche Maschinenfabrikanten geltend machen können, die sich den Vorschriften der VOB nicht fügen wollen. Wird auch nach der Richtung von der Ausstellungsleitung vorgegangen, so kann aus diesen Veranstaltungen viel Nützliches für das Bäckergewerbe entstehen.

Oswald Schrembs 60 Jahre

Im vorigen Jahre berichteten wir über das 25jährige Dienstjubiläum unseres Kollegen Oswald Schrembs, Bezirksleiter in Regensburg. Am 21. August wurde unser Freund 60 Jahre alt. Unser Jubilar kann an seinem Wiegenfest voller Genugtuung auf sein geschaffenes Lebenswerk in der gewerkschaftlichen Organisation und besonders in der Brauerbewegung zurückblicken. Er hat sich auch einen guten Namen in der allgemeinen Arbeiterbewegung erkämpft.

Nur durch seine Energie und seinen vorbildlichen Fleiß war es möglich, die Brauereiarbeiter in Bayern zu einer machtvollen Organisation zu sammeln. Die vielseitigen Widerwärtigkeiten, die sich ihm in den Weg stellten, überwand er durch seinen vortrefflichen Optimismus und den starken Glauben an die gewerkschaftlichen Ideale.

Der Jubilar ist auch ein alter Bekannter weit über die Grenzen Bayerns hinaus. Als bei den Brauereiarbeitern in der Schweiz nach einem verlorenen allgemeinen Streik unter der Kollegenschaft große Mutlosigkeit eintrat und die dortige Organisation sich um Unterstützung an die deutsche Bruderorganisation wendete, stellte diese bereitwilligst Kollegen Schrembs für die Agitation in der Schweiz frei. Seiner zähen Willenskraft und seinem Bienenfleiß gelang es in kurzer Zeit, das Eis der Verzagttheit zu brechen und den größten Teil der abtrünnigen Mitglieder wieder um das Banner der Organisation zu sammeln.

Die aufreibende Tätigkeit blieb auf seine Gesundheit nicht ohne Folgen. Seit einigen Jahren trägt er Krankheitskeime in sich, die ihn zu äußerster Schonung zwingen. Und dennoch stellt er immer noch seinen Mann in allen Situationen. Möge unserem Freund sein vortrefflicher Humor noch lange Begleiter sein, dann haben wir die Hoffnung, daß er uns noch lange als treuer Mitarbeiter in allen Situationen unterstützen wird. Das sei unser Glückwunsch am 60. Geburtstag.

Konferenz der Weinküfer

Am 27. Juli fand in Heidelberg eine Konferenz der beschäftigten Kollegen in der Weinbranche statt. Neben den Vertretern des Verbandsvorstandes, den zuständigen Gau- und Bezirksleitern waren 12 Delegierte aus den Betrieben erschienen.

Kollege Fruchtnicht vom Verbandsvorstand hielt ein Referat über die Wirtschaftslage des Weinbaues und Weinhandels. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die allgemeine Wirtschaftsmisere auch auf den Weinkonsum stark drückend gewirkt habe. Der Weinkonsum ist in stärkerem Maße als andere Produkte von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig. Hinzu komme weiter die politische Situation in der Nachkriegszeit, denn, obwohl von den Regierungen, in denen die Sozialdemokratische Partei beeinflusst wurde, für den Weinbau sehr viel getan wurde, können wir dennoch wahrnehmen, daß von den bürgerlichen Parteien eine unerhörte Hezge bei den Winzern gegen den republikanischen Staat entfacht wurde. Trotz aller staatlichen Subventionen sowie der Beseitigung der Weinsteuer wird in unerhörter Weise versucht, die Weinproduzenten gegen den Staat aufzupumpfen. Es wird immer wieder nach neuen Gesetzen gerufen zum Schutze des deutschen Weinbaues, während auf der anderen Seite gerade durch die Zollpolitik und die Verteuerung aller hauptsächlichsten Nahrungs- und Genussmittel insbesondere stark der Weinkonsum in Mitleidenschaft gezogen wurde. Hinzu kommt weiter, daß der Handel mit unerhörten Gewinnen arbeite. Solange diese gemaltigen Preisunterschiede zwischen Produzenten und Konsumenten bestehen, kann bestimmt von einer Hebung des Konsums nicht die Rede sein. Es wird keineswegs eine Besserung durch das neue Weingesetz eintreten, denn mit dem Verbot der Aufspritzung von Auslandsweinen wird der Umsatz des Inlandsproduktes in keiner Weise gefördert. Hier wird nach wie vor die Geschmacksrichtung entscheiden. Bestimmt wird aber eintreten, daß eine große Anzahl unserer in den norddeutschen Städten beschäftigten Kollegen, die mit Importware zu tun haben, durch das Aufspritzungsverbot arbeitslos werden.

Kollege Schmutz, Gauleiter, sprach anschließend über die Lohn- und Tarifpolitik in den Weinbetrieben. Auf Grund unserer Tarifstatistik konnte er nachweisen, daß sich der Tarifgedanke in einer großen Anzahl von Betrieben festsetzen konnte. Von einer einheitlichen Tarifpolitik könne jedoch nicht gesprochen werden, da die Vertragsbestimmungen noch stark abweichend voneinander sind. Wie bei allen gewerkschaftlichen Aktionen, so gibt auch besonders in der Tarifpolitik die wirtschaftliche Lage den Ausschlag. Solange der Beruf daniederliegt, wird mit größter Vorsicht an den Ausbau der Tarifbestimmungen herangetreten werden müssen. Außerdem treten starke Schwierigkeiten bei der Aufklärungsarbeit aus denjenigen Kreisen entgegen, die vornehmlich in den ländlichen Bezirken beschäftigt sind. Bei Beachtung all dieser Gesichtspunkte wird es möglich sein, die Tarifbestimmungen zu verbessern, wie auch den Organisationsgedanken in die uns fernstehenden Kreise einzutragen.

In der Diskussion wurde allgemein bestätigt, daß die Spanne zwischen Produktion und Verkauf eine unerhört hohe sei. Auch wurde allgemein die Ansicht vertreten, daß der Weinbau nicht gefördert werden kann durch fortwährende staatliche Subventionen, sondern daß in den Kreisen der Winzer selbst eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Umstellung erfolgen muß. Das Vordringen in die Kreise der Berufsbeschäftigten stöße sehr häufig auf große Schwierigkeiten, denn die in den ländlichen Gebieten beschäftigten Arbeiter sind gegenüber den in den familienwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten in bedeutender Minderheit. Es wurde auch der Einstellung der Redaktion, die gegen das Aufspritzungsverbot eingetreten ist, allgemein zugestimmt, weil durch ein solches Verbot in keiner Weise der Umsatz von Inlandswein gefördert werden kann.

Die Referenten konnten im Schlußwort feststellen, daß Uebereinstimmung in den Kollegentreifen herrsche und folglich aufklärend bei den Betriebsbelegschaften gewirkt werden muß. Viel Interessantes wurde hier vorgetragen, das sich sehr zweckmäßig bei der Aufklärungsarbeit verwerten lasse.

Das Bürgertum gegen die Arbeitslosenunterstützung

Seit mehreren Jahren wird vom Unternehmertum eine beispiellose Kampagne gegen die Arbeitslosenversicherung geführt. Im Herbst 1929 unterbreiteten die bürgerlichen Parteien dem Reichstag Verschlechterungsanträge. Von den Sozialdemokraten wurden diese Verschlechterungen in allen wesentlichen Punkten abgewehrt.

Die Sozialdemokraten haben im Reichstag im Herbst 1929 wesentliche Verbesserungen dennoch erreicht.

Es wurde durchgesetzt:

Meldezwang der Unternehmer, Erweiterung der Versicherungspflicht für die Lehrlinge und für die Anrechnung der Sozialrente eine Freigrenze

Kakaomilch unterliegt der Mineralwassersteuer

Bei allen Gelegenheiten wird hervorgehoben, daß der Verbrauch von Milch zu fördern ist. Duzende von Millionen sind zum Zwecke der Absatzsteigerung für Milch bereits ausgegeben worden. Selbst in der durch die Notverordnung eingeführten Gemeindegetränkesteuer sind Milch- und Milchzuckergetränke ausgenommen. Dies alles hindert den Reichsfinanzminister aber nicht, die Kakaomilch, die seit längerer Zeit in allen Kreisen eine außerordentlich gute Verbreitung gefunden hat, und die, wie aus nachstehender Entscheidung ersichtlich ist, ohne Zweifel ein Milchzuckererzeugnis ist, zur Besteuerung auf Grund des Mineralwassersteuergesetzes herangezogen wird. Die Entscheidung des Reichsfinanzministers lautet:

„Zur Bereitung der Schokoladenmilch werden 100 Liter Magermilch und 5 Liter Vollmilch mit 25 Kilogramm Kakaopulver, 1,5 Kilogramm Zucker und 1,5 Kilogramm Kartoffelmehl vermischt. Die Mischung wird in Viertelliterflaschen abgefüllt, in diesen Gefäßen auf 90 Grad erhitzt und sodann gefüllt.“

Die Frage, ob dieses Getränk zu der Gruppe der steuerbaren „anderen künstlich bereiteten Getränke“ des § 1 MinWStG. gehört, ist zu bejahen. § 2 Abs. 3 DurchfB. nennt als Milchgetränke, die aus dieser Gruppe ausgenommen werden, Getränke, die lediglich aus Milch oder Sauermilch oder Bestandteilen der Milch (wie zum Beispiel Milchwein oder Kefir, Kumys) bestehen“. Daraus folgt, daß die Milch als Bestandteil eines Milchgetränkes dessen Steuerfreiheit nicht bedingt. Schokoladenmilch ist kein natürliches Getränk, sondern das Ergebnis einer künstlichen Bereitung.

Ich halte diese Entscheidung aber, auch ganz abgesehen von der Rechtslage, für durchaus vertretbar. Die Schokoladenmilch tritt als Erfrischungsgetränk mit den Limonaden in Wettbewerb. Dann ist es nur recht und billig, daß sie gleich diesen mit der Steuer belastet wird.

Dies gilt auch vom Standpunkt des Steuerfiskus, der ein Interesse daran hat, daß die Wettbewerbs-

getränke nicht die verhältnismäßig hoch besteuerten Limonaden usw. vom Markt verdrängen. Das ist der Sinn der Einbeziehung der Gruppe der „anderen künstlich bereiteten Getränke“ in die MinWSt. Der Einwand des Schutzes der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugung scheint mir nicht durchschlagend, da von diesem Standpunkt aus auch für die Limonadenindustrie, die einer der größten Zuckerabnehmer ist, die Steuerfreiheit ihrer Erzeugnisse verlangt werden müßte.

Ich bedauere, aus diesen Gründen den Antrag auf Befreiung der Schokoladenmilch von der MinWSt. nicht entsprechen zu können. gez. H. Dietrich.“

Diese Entscheidung ist verfehlt. Angesichts der Förderung, die der Milchabfah allgemein erfährt, wäre nicht zu erwägen gewesen, ob die Schokoladenmilch ein Erfrischungsgetränk ist — Milch ist auch ein derartiges Getränk. Es hätte vielmehr Gewicht auf die Zusammensetzung des Getränkes gelegt werden müssen. Und da überwiegend Milch Verwendung findet, die anderen Stoffe werden mehr oder weniger zur Geschmacksverbesserung verwendet, so ist die Steuerfreiheit dieses Getränkes das Gegebene.

Schlachtier-Betäubungszwang in Bayern

Wir haben bereits in Nr. 6/1930 der „Einigkeit“ mitgeteilt, daß vom Bayerischen Landtage der Betäubungszwang für Schlachtier beschlossen wurde. Das neue Gesetz soll am 1. Oktober in Kraft treten. Neu ist die Bestimmung, daß künftig alle Schlachtier, auch die zum Schlachten bestimmten, vor der Blutentziehung betäubt werden müssen. Der jüdische Ritus schreibt bekanntlich vor, daß Tiere vor dem Schlachten weder außen noch innen beschädigt werden dürfen, was zweifellos beim Schlagen oder beim Schuß mit dem Bolzenschußapparat der Fall ist, so daß hier nur die elektrische Betäubung zur Anwendung kommen kann. Nach einer Verfügung der Schlachthofdirektion München müssen Schweine, Schafe und Ziegen durch Schußapparate oder Elektrizität betäubt werden, wofür die Schlachthofverwaltung geeignete Apparate zur Verfügung stellt. Lämmer, Saugferkel und Kälber sind mit von der Direktion vorgeschriebenen Apparaten zu betäuben. Zum Schlachten bestimmte Rinder dürfen erst kurz vor der Betäubung gefesselt werden.

Die neue Betäubungsbestimmung ist für das rituelle Schlachten von großer Bedeutung und kommt beinahe einem Schächtverbot gleich. Die im „Landesverband jüdischer Metzgermeister Bayerns“ zusammengeschlossenen Metzger haben sich nach Württemberg und Baden gewendet, um von dort Abhilfe zu schaffen. Sie tragen sich mit dem Gedanken, rituell geschlachtetes Fleisch von dort einzuführen und versuchen das bayerische Finanzministerium, die Schlachtsteuer, die auch auf eingeführtes Fleisch erhoben werden soll, wegfallen zu lassen, weil sonst eine Doppelbesteuerung erfolgen würde.

Der Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im Juli

Im Juli blieb die Zahl der berichtenden Betriebe wesentlich hinter denen der Vormonate zurück, weil einige Bezirke (Danzig, Borkh, Gleiwitz, Stettin, Stendal, Braunschweig, Dresden) die Berichtshogen nicht eingekandt haben. Die nachstehend wiedergegebenen Vergleichszahlen für die letzten drei Monate zeigen, daß im Juli eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage eingetreten ist. Nur sehr vereinzelt sind Neueinstellungen erfolgt, um so größer ist die Zahl der vorgenommenen Entlassungen! Ebenso haben die Betriebe mit Kurzarbeit und teilweiser Stilllegung eine große Zunahme erfahren. Hoffentlich bringen die nächsten Monate wieder bessere Beschäftigungsmöglichkeiten dieser Industrie.

| Monat | Berichtende Betriebe | Zahl der Beschäftigten | | | Neu eingestellt | Entlassungen | Anzahl der Betriebe | | | |
|-------|----------------------|------------------------|----------|----------|-----------------|--------------|---------------------|-------------------------|-----------------------|----|
| | | männlich | weiblich | zusammen | | | überh. | mit m. teilw. Stillleg. | mit vollst. Stillleg. | |
| Mat | 232 | 8813 | 23291 | 32104 | 399 | 335 | 21 | 60 | 7 | 11 |
| Juni | 226 | 8989 | 22897 | 31886 | 305 | 1239 | 14 | 77 | 12 | 11 |
| Juli | 194 | 7453 | 18116 | 25569 | 192 | 1009 | 8 | 86 | 14 | 17 |

Der Grad der Beschäftigung zeigt ein ähnliches Bild. Von den berichtenden Betrieben wurden nur 38 oder 19,6 Proz. als gut, dagegen 41,2 Proz. als schlecht beschäftigt bezeichnet.

| Monat | Gut | | Befriedigend | | Schlecht | |
|-------|----------|-----------|--------------|-----------|----------|-----------|
| | Betriebe | Beschäft. | Betriebe | Beschäft. | Betriebe | Beschäft. |
| Mat | 102 | 15309 | 84 | 11574 | 46 | 5221 |
| | 44% | 47,7% | 36,2% | 36% | 19,8% | 16,3% |
| Juni | 66 | 8812 | 101 | 15340 | 59 | 7734 |
| | 29,2% | 27,6% | 44,7% | 48,1% | 26,1% | 24,3% |
| Juli | 38 | 3589 | 76 | 10146 | 80 | 11834 |
| | 19,6% | 14% | 39,2% | 39,7% | 41,2% | 46,3% |

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Achtung, Unterstützungsauszahlung! Aus Süddeutschland wird gemeldet, daß österreichische Staatsangehörige mit zweifelhaften Ausweisen die Verbands- und Lokalkassen zu brandschlagen versuchen. In Nr. 21 Ziffer II des „Mitteilungsblatts“ ist darauf aufmerksam gemacht, was bei der Auszahlung von Unterstützung an Mitglieder ausländischer Bruderverbände zu beachten ist. Im „Mitteilungsblatt“ Nr. 31 wird erneut hierzu Stellung genommen. Es wird ersucht, dort nachzuschlagen und sich, wenn Mitglieder ausländischer Bruderverbände oder Nichtmitglieder vorkommen, danach zu richten.

Gesucht wird das Verbandsmitglied Ernst Buchner, Brauer aus Salzburg. Seine Adresse ist Herrn Bauersfeld, Bezirksleiter, Neustadt a. d. Haardt, Kaufengasse 6, mitzuteilen. Der Verbandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 10. August bis 16. August 1930.

Postkontos der Hauptkasse: Berlin 12 079, Rohungsmittel- und Getränkearbeiter. — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin RW 40.)

Ortsgruppen:

Ansbach 5,88. Anterbach in Hessen 75.—. Marne 800.—. Reichenbach 150.—. Rendsburg 200.—. Sangerhausen 400.—. Spremberg 150.—. Wuppertal 2500.—. Wilhelmsfeld 80.—. Wolfenbüttel 100.—. Oldenburg 1000.—. Grabow 350.—. Vörsch 300.—. Freyburg i. Pr. 55,50. Vellheim 800.—. Dresden 1000.—. Eisleben 800.—. Hainichenberg in der Neumark 140.—. Straubing 300.—. Thannhausen 15.—. Stolthaus 28.—. Köln 98,90. Dresden 1000.—. Elbing 300.—. Brandenburg 150.—. Pardubitz 50.—. Reichenbach i. V. 280.—. Reichenbach 161,95. Viefelsfeld 79,50. Chemnitz 4000.—. Gera 620,55 und 606.—. Mainz 10 225,84. München 8147,98. Stettin 7920,97. Stuttgart 4160,85. Dessau 150.—. Goslar 200.—. Pilsen 100.—. Höchst am Main 450.—. Jüterburg 350.—. Kamenz 200.—. Paderborn 100.—. Weiden 100.—. Wilhelmshaven 150.—. Rumbach 100.—. Weizener 100.—. Weiskirchen 800.—. Witten 280.—. Wilsdorf 122,65. Bochum 247,65. Landeshut in Schlesien 59,57. Saarbrücken 2587,68. Schöndorf 113,18. Solingen 2025.—. Elortow 50.—. Vamberg 900.—. Ehlingen 250.—. Gollnow 46,52. Ingolstadt 800.—. Uelzen 200.—. Herbst 350.—. Vermland 1000.—. Danzig 4987,82. Wilsdorf 1846,80. Greve 47,50. Erlangen 284,26. Gorkau 300.—. Landshut i. V. 620.—. Solingen 800.—. Plauen 500.—. Pfullingen 450.—. Bochum 710,72. Schöndorf 29,18.

Sonstiges:

Berlin 1,20. Potsdam 6,40. Wilsdorf 4,40. Hamburg 1,80. Barmen 1,40. Berlin 150.—. Saalfeld 50.—. Cambrai 1,80.

Beizichtigung:

In Nr. 28 der „Einigkeit“ muß es richtig heißen: Sadmersleben 24,26, ferner bei Greve statt 20,75 richtig 23,75 und bei Straubing statt 489,10 richtig 480,11. In Nr. 29 bei Lübben statt 188,22 richtig 188,82 und in Nr. 32 der „Einigkeit“ die unter Großröhrsdorf aufgeführten 100.— sind von der Ortsgruppe Pilsen.

Vom 17. August bis 23. August 1930.

Ortsgruppen:

Bamberg 308,70. Frankfurt (Main) 4651,40. Dortmund 1000.—. Geyer 500.—. Greifswald 250.—. Gammeln 500.—. Marne 200.—. Schönebeck 1000.—. Glogau 250.—. Neubrandenburg 100.—. Reichenau 30.—. Rostock 500.—. Straubing 150.—. Uetersen 350.—. Weiskirchen 131,60. Rassel 57,50. Solingen 28,50. Senftenberg 168,67. Sagen 250.—. Witten 250.—. Waren 60.—. Binneberg 160.—. Salberstadt 3.—. Stuttgart 5,00. Achim 100.—. Bamberg 67,10. Briesg 300.—. Frankenthal 800.—. Hirschberg 150.—. Homburg v. d. S. 600.—. Jüterbog 80.—. Niederwalde 140,70. Ludwigslust 500.—. Mühlhausen i. Th. 500.—. Suhl 300.—. Wismar 600.—. Witten 30.—. und 900.—. Wolde 100.—. Bremerhaven 800.—. Göttingen 500.—. Sadmersleben 200.—. Ortelsburg 50.—. Solingen 450.—. Saalfeld 66.—. Elb. 200.—.

Sonstiges:

Torbe 1,30. Berlin 44,60. Wehlau 10.—. Berlin 64,16. Kiel 3,90. Zagreb 5,50. Reichenbach 3.—. Hamburg 300.—. Glarus 3,90.

Korrespondenzen

Cottbus. Echter Mätkwärtler-Geist zeichnet auch die hiesige Fleischermasse aus. Sie hat eine Eingabe an die Schlachthofverwaltung gerichtet, wonach zwecks Erspargung von Ausgaben die Beamten und Angestellten unentgeltlich Lebensmittel bis zur 54. Stunde leisten sollten. Die Schlachthofverwaltung erteilte die einzig richtige Antwort, daß sie gar nicht daran dachte, diesem Verlangen Rechnung zu tragen.

Dresden. Am 20. August verstarb Direktor Niemer von der Aktienbrauerei Plauenscher Lagerkeller Dresden. Er war ein reaktionärer und starrsinniger Mann von reinster Couleur. Als er 1904 von Kulmbach kommend in Dresden sein Amt antrat, ging ihm bereits der Ruf eines Scharfmachers voraus. Kaum ein Jahr nach seinem Amtsantritt brach der erste Streik im Plauenschen Lagerkeller aus, der mit der Schließung des Flaschenkellers endete und dem eine Anzahl unserer bravsten Mitglieder zum Opfer fielen. Die Ursache war seinerzeit die Stilllegung der Schmiede. 1910 lehnte Niemer ab, den mit den Verbandsbrauereien abgeschlossenen Tarif anzuerkennen. Darauf trat die Arbeiterschaft in den Streik, und wohl selten ist ein Kampf mit größerer Hartnäckigkeit geführt worden. Ueber zehn Monate dauerte der Streik und der ebenfalls einsehende Boykott. Eine Reihe Kollegen und Parteigenossen wurden beim Anheben der Flugblätter fesselt und bestraft. Aber der Boykott hat seine Wirkung getan. Von den ehemals 70 000 Hektoliter Ausstoß waren 1912 noch 25 000 Hektoliter, und während des Krieges und der nachfolgenden Inflation ist der Ausstoß bis auf 2500 Hektoliter zurückgegangen. 1911, als der Friede geschlossen wurde, sind von den ehemaligen Verbandsmitgliedern nur vier wieder in Arbeit gekommen. Alle anderen Kollegen blieben auf der Strecke und haben erst nach und nach durch den Arbeitsnachweis Stellung erhalten. Damals haben die dort beschäftigten Bundesgenossen die Klausur gemacht. Der Kampf hat der Haupt- und Lokalkasse etwa 50 000 Mark gekostet. Als bei Kriegsende ein anderer Wind wehte, traten alle Beschäftigten dem Verband bei, und Anfang 1920 ist dort abermals ein Streik ausgebrochen, bei dem

Niemer nur einen Bi Jahrer als Klausurheber hatte. Auch jetzt währte der Streik vier Wochen, und nur mit Hilfe aller Instanzen war Niemer zu bewegen, Frieden ohne Maßregelungen zu schließen und mit der Organisation verhandeln zu müssen. Bei der Verpachtung des Betriebes kündigte er noch allen Arbeitern. Sein Wunsch, diese brotlos zu machen, ging nicht in Erfüllung, denn die Erste Genossenschaftsbrauerei übernahm die Leute. Wie dieser Herr seinen Pächtern die Jahre hindurch mitgespielt hat, darüber könnte man Bände schreiben. Vom Gericht ist er nicht heruntergekommen und noch in letzter Zeit hat er ein obfiegendes Urteil gegen seinen Pächter erreicht. Er blieb Scharfmacher bis zu seinem Tode.

Koblenz. Der Brennerbesitzer Hahn hatte sich eine gewerbliche Verschlußbrennerei eingerichtet und dabei hat ihm ein Kupferschmied das Rückschlagventil so angebracht, daß es Hahn möglich war, heimlich Branntwein aus dem Vorwärmer entnehmen zu können. In der Zeit vom November 1928 bis 20. Juni 1929 wußte er 250 Liter Weingeist entnommen haben. Die böse Zollbehörde behauptet aber, daß es 1700 Liter reiner Alkohol gewesen seien. Hahn wurde nun zu einer Geldstrafe von 41 800 Mark und 4 Monaten Gefängnis bei einem Wertersatz von 9934 Mark bestraft und der Kupferschmied wegen Beihilfe zu 1000 Mark

Die Regierung Brüning als Feind der Arbeitslosen

Nach der Notverordnung erhalten die Arbeitslosen in den ersten 14 Tagen ihrer Arbeitslosigkeit keine Unterstützung

Die Arbeitslosen können in dieser Zeit hungern

So will es die Regierung Brüning

Jugendliche unter 17 Jahren erhalten keine Unterstützung

So will es die Diktatur der Geldsackregler

Allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, werden die Unterstützungssätze gekürzt

Alle geringfügigen Beschäftigungen scheiden aus der Versicherung aus

Auch sogenannte Wohlfahrtsarbeiter scheiden aus der Versicherung aus, wenn die wöchentliche Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden beträgt

So will es die reaktionärste aller Regierungen

Geldstrafe. Brennereigeräte, Maische und Branntwein wurden eingezogen. Weiter wurden noch ein Brennereibesitzer und ein Brenner aus Wetterlich wegen Schwarzbrennerei zu 16 058 Mark und 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Solingen. Hier besteht auf dem Schlachthof unter den Kopfschlächtern noch keine Schlachtgruppe. Jetzt lehnen es auch die Metzgermeister ab, mit jedem einzelnen zu verhandeln, und sie verlangen, daß sich die Kopfschlächter zusammenschließen und einen Osmann wählen. Wir unterstützen diese Forderung. Notwendig ist es allerdings, die Kollegen schließen sich unserem Verband an und gründen eine Schlachtgruppe nach altbewährter Weise, wie sie bereits anderwärts im Rheinland bestehen.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Arbeitslosigkeit in Berlin. Wir haben bereits in Nr. 33 der „Einigkeit“ auf die große Arbeitslosigkeit, die in Berlin herrscht, hingewiesen. Jetzt wird auch vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes die Warnung vor einem Zuzug nach Berlin intensiv betrieben, indem in allen Arbeitsämtern der Provinz Brandenburg und Grenzmark-Westpreußen große Plakate aufgehängt werden, auf denen die Arbeitslosenzahlen in Berlin angegeben werden. Die Plakate sprechen eine sehr deutliche Sprache, die auch in den übrigen Landesteilen verstanden werden und dazu beitragen wird, vor dem Zuzug nach Berlin zu warnen. Auf dem Plakat ist zu lesen, daß es am 1. Juli 326 935 Arbeitslose in Berlin gab. Darunter befanden sich 69 370 Metallarbeiter, 31 008 Bauarbeiter, 58 101 ungelernete Arbeiter, 32 442 kaufmännische Angestellte und 5173 Techniker. Die Zahl der Arbeitslosen ist im letzten Monat um über 12 000 gewachsen.

Zunahme der Maul- und Klauenseuche. Das Reichsgesundheitsamt berichtet, daß die Maul- und Klauenseuche zugenommen hat. Die Zählung ergab ein Auftreten allein in Preußen in 897 Gemeinden mit 3054 Gehörten. Die Feststellung ist deshalb von besonderem Interesse, weil in Kürze Verhandlungen wegen der aus viehpollzeilichen Gründen erlassenen Sperrmaßnahmen der deutschen Regierung an der dänischen Grenze aufkommende Seuche gerade in Schleswig am stärksten auftritt.

Einfuhrscheine für Schweine. Mit Wirkung ab 21. August werden Einfuhrscheine nach einer Verordnung über die Aenderung der Einfuhrscheinordnung bei der Ausfuhr von lebenden Schweinen nur dann erteilt, wenn die Schweine ein Stückgewicht von mehr als 50 Kilogramm haben.

Höchstwahrscheinlich ist diese Maßnahme darauf zurückzuführen, weil beobachtet wurde, daß Ferkel Käufer und unreife Schweine ausgeführt und nach erfolgter Mästung im Ausland wieder als ausgemästete Schweine eingeführt wurden.

Ergebnis der Fischerei. Von den deutschen Fischern wurden im Monat Juni Fische gefangen und an Land gebracht: In der Nordsee 8,41 Millionen Kilogramm im Werte von 1,58 Millionen Mark und 1,01 Millionen Kilogramm Scheltiere im Werte von 0,18 Millionen Mark. In der Ostsee 2,27 Millionen Kilogramm im Werte von 1,16 Millionen Mark.

Preussischer Gefrierfleischverbrauch. In der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlicht das preussische Statistische Amt den Verbrauch zollfreien Gefrierfleisches in 48 preussischen Städten im 2. Vierteljahr 1930. Mit 1 888 951,5 Kilogramm steht Berlin an der Spitze. Es folgt Köln mit 554 497 Kilogramm, Essen mit 499 305,21 Kilogramm und Wuppertal mit 329 177,5 Kilogramm. Pro Kopf der Bevölkerung hatten Anteil am Umsatz des zollfreien Gefrierfleisches Düren mit 1,340 Kilogramm, Wachen mit 1,294 Kilogramm, Bonn mit 0,933 Kilogramm und Gelsenkirchen mit 0,835 Kilogramm. Berlin bleibt mit 0,435 Kilogramm unter dem durchschnittlichen Verbrauch.

Gründung einer Baconfabrik in Memel? Der Magistrat der Stadt Memel beabsichtigt, die Errichtung einer Baconfabrik im städtischen Schlachthof durchzuführen. An der Gründung interessiert sind memelländische Landwirte und englische Kapitalisten. Jährlich sollen 20 000 bis 30 000 Schweine geschlachtet werden. Der Vorschlag des Magistrats hat bereits die Zustimmung der Stadtverordneten erhalten.

Gewerkschaftl. Rundschau

Verbandsstag der Metallarbeiter. Die größte deutsche Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, hielt seinen Verbandstag in Berlin ab. Unter Teilnahme der Verbandstagsdelegierten und zahlreicher Gäste wurde als Auftakt zum Verbandstag das neuerrichtete Verwaltungsgebäude in Berlin eingeweiht. Wichtig und massiv erhebt sich der stolze Bau. So ist das Haus der Metallarbeiter der Inbegriff einer neuen Zeit und der werdenden Gesellschaft der Arbeiter.

Der Verbandstag selbst beschäftigte sich mit der Sicherlegung von Stuttgart nach Berlin und billigte das Vorgehen des Verbandsvorstandes gegen das gewerkschaftsschädigende Vorgehen „oppositioneller“ Mitglieder. Aus dem Bericht ist weiter erwähnenswert, daß die „Metallarbeiterzeitung“, das Organ des Verbandes, die Auflagenziffer von 1 Million erreicht hat. Die einsehende Generaldebatte war von einer bewundernswerten Sachlichkeit getragen. Aus allen Diskussionen klang ehrliche Kritik an der Arbeit des Vorstandes heraus. Einen breiten Rahmen der Verhandlungen nahm die Stellungnahme zum staatlichen Schlichtungsweisen ein und die Verschmelzungsbestrebungen mit den Maschinisten und Heizern und den Kupferschmieden. Mit der erstgenannten Organisation wird vorerst an eine Verschmelzung kaum gedacht werden können, wohingegen seitens der Kupferschmiede zum Ausdruck kam, mit allen Kräften für die Verschmelzung eintreten zu wollen. Es wurde auf die unerhörte Arbeitslosigkeit hingewiesen und auch einer intensiven Schulung der Frauen das Wort geredet.

Mit Recht konnte der Verbandstag als das Parlament der Arbeiter angesprochen werden. Mögen die Verhandlungen des Verbandstages reiche Früchte tragen!

Gegnerische Organisationen

Arbeitsvermittlung der Gelben bleibt straffrei. Sind die vaterländischen Arbeitervereine und die unternehmerfreundlichen Werkvereine und gelben Gesellenvereinigungen berechtigt, Arbeitsnachweise zu führen, um ihre Leute zu vermitteln, mit dieser für die Freien Gewerkschaften wichtigen Rechtsfrage beschäftigte sich am 19. August das Amtsgericht in Leipzig.

Vom Landesarbeitsamt in Dresden war dem Vorsitzenden der Ortsgruppe des gelben Bundes der Bäcker und Konditorengehilfen in Leipzig ein Strafbefehl von 100 Mark zugestellt worden, und zwar wegen Verstoßes gegen das Arbeitsvermittlungsgesetz. Der Vorsitzende W. hatte zugereisten und stellunglosen Mitgliedern Arbeit vermittelt, obwohl nach dem Arbeitsvermittlungsgesetz vom Jahre 1922 dieses verboten ist. Denn nach dem Gesetz kann nur die Organisation Arbeitsnachweise führen, die bereits vor dem Inkrafttreten des Arbeitsvermittlungsgesetzes Arbeit vermittelt hat. Da der Bund der Bäcker und Konditorengehilfen erst nach 1922 eine Arbeitsvermittlungsstelle eingeführt hat, so ist dieses nicht zulässig und mit Recht wurde der Vorsitzende der Ortsgruppe Leipzig bestraft.

Gegen den Strafbefehl erhob W. Widerspruch, so daß sich das Gericht nochmals mit dieser Sache beschäftigte.

Der als Zeuge geladene Bundesvorsitzende bestritt entschieden, daß der Bund erst nach dem Inkrafttreten des Arbeitsvermittlungsgesetzes den Arbeitsnachweis eingeführt habe. Denn schon vor dem Kriege (!) habe der Bund Arbeit vermittelt.

Kollege Dreefe von unserem Verband wandte sich gegen

die Behauptung des Bundesvorstehenden und erklärte, daß der Bund der Bäcker und Konditorengelichen erst nach Inkrafttreten des Arbeitsvermittlungsgesetzes den Arbeitsnachweis eingeführt habe. Obwohl bewiesen wurde, daß die Gelben erst nach dem Inkrafttreten des Arbeitsvermittlungsgesetzes ihren Arbeitsnachweis eingeführt und gegen das Gesetz verstoßen haben, kam das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten.

Gegen dieses Urteil wird der Staatsanwalt Berufung einlegen.

Lügen der Fleischerhirsche. In einer Versammlung der Wandsbeker Schlachtereigenen-Brüderschaft, die den Hirschen angeschlossen sind, wurde von einem Hirschenführer geschwindelt, daß die G. G. Würstfabrik in Oldenburg 60 Lehrlinge bei 116 Gesellen beschäftigt. Wahrheit ist, daß in diesem Betriebe über 200 Gesellen und kein Lehrling beschäftigt wird. Weit wir bestimmt annehmen müssen, daß weder die Hirsche noch das Unternehmerorgan, das diesen Schwindel weiterfortpflanzte, so aufrichtig sind, ihren Mitgliedern bzw. Lesern die Wahrheit zu berichten, so haben wir diese Lüge niedriger gehängt und selbst der Wahrheit den Weg geebnet.

Unternehmertum

„Allgemeine Fleischerzeitung“ für Lohnabbau. Im „Vorwärts“ und im „Local-Anzeiger“ erschien am 7. August 1930 folgendes Inserat:

„Da auf dem Stadt. Arbeitsnachweis eine passende Ersatzkraft nicht vorhanden ist, wird auf diesem Wege sofort für etwa 3 Wochen zur Aushilfe ein erfahrener Stereotypist, flach und rund, Gigant- und Compleo-Apparat, gesucht. Wochenlohn 80,— RM. (also 22,50 RM. über Tarif). Arbeitsbereitschaft von 8—4, also 8 Stunden; davon aber nur 2 Stunden wirkliche Arbeitszeit. Druckereifontor der Allgemeinen Fleischer-Zeitung A.-G., Berlin SW 68, Zimmerstraße 72/74.“

Es ist rührend, wie sozial die „Allgemeine“ eingestellt ist. Sie teilt schon gleich in der Annonce den Arbeitslosen mit, in welchem Paradies sie Arbeit erhalten können. Der ganze Schwindel wird aber jetzt offenbar; denn bisher zahlte die „Allgemeine“ ihrem Stereotypist 93,— RM. als Spezialarbeiter und will bei der „neuen“ Einstellung gleich den Lohn abbauen. Bei der zweistündigen Arbeitszeit vergißt sie zu bemerken, daß es sich hier lediglich um die „reine“ Arbeitszeit handelt, während die übrige Zeit als Vorbereitungszeit in Frage kommt.

Vom Lehrling zum Direktor. Direktor Peter Harnisch wurde mit der Leitung des Stollwerck-Betriebes in Wandsbek beauftragt. Seine Laufbahn wird von wenigen glücklichen Menschen besprochen, denn Harnisch trat 1876 als Stift bei Stollwerck ein. Im Laufe der langjährigen Beschäftigung, begünstigt von Glücksumständen, brachte es Harnisch zum stellvertretenden Vorstandsmitglied in diesem großen Schokoladenbetrieb und ist nunmehr mit der Leitung des vom Schichtvorzern übernommenen Zweigbetriebes in Wandsbek beauftragt worden.

Fleischermeister als Kontrollorgane. In einem Aufruf der Unternehmergruppe des Fleischergewerbes wird zum Abwehrkampf gegen „mißbräuchliche Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung“ aufgefordert. Nun kann das große Reflektieren beginnen! Fleischermeister, die sonst gern alle Gesetze ähnten, es braucht nur an die Arbeitszeitverordnung, Beschäftigung Jugendlicher erinnert zu werden, und den Sonn- und Feiertag nicht „heiligen“ und von den Gesellen verlangen, daß sie auch am siebenten Tage „alle ihre Dinge beschützen“, werden jetzt mit Argusaugen gegen die „mißbräuchliche Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung“ wachen. Eine Frage ist hier angebracht. Wo nehmen alle diejenigen die Qualifikation zu dieser Sendung her, die noch nicht einmal die richtige Verdiensthöhe bei der Abführung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die Invalidenbeiträge errechnen können? Wie viele Fleischermeister gibt es überhaupt noch, die von der Existenz der Arbeitslosenversicherung keinen blassen Dunst haben, die immer noch die gelbe Bundesvermittlung in Anspruch nehmen? Wie viele sichern dem Sprechmeister noch immer das Recht der Stellenvermittlung zu und können den „privaten“ Seelenverkäufer nicht entbehren? Von dem Welken der offenen Stellen beim Arbeitsamt ganz zu schweigen! Uns scheint es entschieden angebracht zu sein, den Dreck vor der eigenen Türe gründlich wegzufegen, ehe man andere beipfeifeln will.

Handwerksmeister gegen Wirtschaftspartei. Die mit Hilfe der Wirtschaftspartei, der politischen Interessenvertretung des revolutionären Kleinunternehmens, erlassene Notverordnung und sonstige Gesetze vor Reichstagsstößel finden, wie vorauszu sehen war, in diesen Kreisen keine Anerkennung. Auch die Handwerksmeister werden von den Rotopfern und sonstigen Steuern hart betroffen, und darum haben sie an der Wirtschaftspartei kein Interesse mehr.

Wie wir allgemein wahrnehmen können, glauben nunmehr die Jüngster, bei den Nationalsozialisten sind sie am besten aufgehoben, und lauzen diesen Maulhelden in Scharen nach. Aber auch die neugegründete Staatspartei bemüht sich recht energisch um die Handwerker, so daß bei Reichstagswahlen für diese politisch indifferente Klasse Auswahl an Parteien genug vorhanden ist.

Aufbau Tisch durch Großmann-A.-G., Coburg. Die Generalversammlung der Fleischwarenfabrik C. Großmann-A.-G., Coburg beschloß, die Firma Tisch-A.-G. anzukaufe. In der Generalversammlung war eine starke Opposition gegen den Kauf, aber trotzdem kam dieser zustande, da ein günstigeres Jahresergebnis erhofft wird.

Interessenkampf in Königsberg. Die Ostpreussischen Fleischwarenwerke, „Oslag“, richteten an die Fleischerinnung Königsberg das Ersuchen, ihre Karbonade, Rippchen, Leber und Innereien auf Bestellungen aus Fleischertreibern auszuführen zu lassen. Nach einem Vertrag zwischen „Oslag“ und Magistrat ist es der „Oslag“ unterlag, in Königsberg und 5 Kilometer im Umkreis Frischfleisch abzusetzen. Die Fleischerinnung lehnte das Ersuchen ab.

„Peter aus der Ecke.“ Der alte, stark bemoste Mummelgrets „Peter aus der Ecke“ macht seinem Herzen im „Der Böttchermeister“, Gandersheim, wieder einmal Luft. Er erzählt, daß die jungen Leute von heute ganz anders wären als die von dazumal, und fährt fort: „Selten ist noch ein junger Mensch, der nicht mit Ungeduld auf den Fünf- oder Sechsuhrschlag wartete und bei dem nicht schon mit dem Hammer, den er zur Seite legt, auch das Handwerk vergessen ist. Etwas Besonderes etwa nach Feierabend für sich zu machen und mal zu zeigen, ob noch was außer dem Eingedrillten im Kopfe steckt, i bewahre, fällt keinem ein.“ „Peter aus der Ecke“ kann das gar nicht begreifen! Es hat doch lange genug gedauert, daß überhaupt mal „geregelter Feierabend“ wurde, und wir können es verstehen, daß er sich bei der langen Murkserei der „jungen Leute“, als es noch keine Tarifverträge und geregelte Arbeitszeit gab, recht wohl fühlte. Mit seinem blöden Geschreibsel bestätigt er, daß es höchste Zeit war, daß auch den Böttchergewerbe geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen wurden. Wenn erst jeder Böttchergeselle beim Fünf- oder Sechsuhrschlag den Hammer zur Seite legt, kann wird auch das Ueberstundenschieben endgültig beseitigt sein und er „an was anderes“ denken können, als nur an das „Eingedrillte im Kopfe“, an das „Bete und arbeite“, dann wird er begreifen, daß er ja auch Rechte durch den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter geltend zu machen hat.

Allgemeine Rundschau

Ueber die Schlachtssteuer gestolpert. Die bayerische Regierung unter Führung von Held ist durch ihr Experiment mit der Schlachtssteuer durch die Wachsamkeit der Sozialdemokraten gestürzt worden. Monatlang feilschten und raufsten die Regierungsparteien um diese Steuer, die im günstigsten Falle 8 Millionen eingebracht hätte und angesichts des Defizits von 150 Millionen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein gewesen wäre. Die Oppositionsparteien werden sich hüten, das traurige Erbe der bayerischen Helden anzutreten.

Zeiterschneidung. In der Nähe von Weissenfels sind einige Gurkenbauer zu dem Entschluß gekommen, die Gurken, weil sie durch die Händler pro Schock nur mit 45 Pf. bezahlt werden, was nicht einmal die Arbeitskosten deckt, als — Mist zu verwenden! Die Gurken wurden umgepflügt, weil sie als Düngemittel noch vor dem Winterbeginn eine gute Spinaternte bringen sollen. Hoffentlich steigt den ehemaligen Gurkenbauern der Spinat nicht frühzeitig in den Kopf!

Internationales

Zehn Jahre Internationale Union. Die am 25. August in Zürich gegründete Internationale Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter konnte in diesen Tagen auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Als Vorläufer der Union kommt in der Hauptsache die im Jahre 1907 gegründete Internationale Vereinigung der Bäcker und Konditoren in Betracht. Sie schuf sich damals ein Statut mit programmatischen Forderungen und vereinigte bereits in der Vorkriegszeit die bedeutendsten europäischen Berufsorganisationen. Wohl bestanden auch bei den Brauereiarbeitern und den Fleischern gute Ansätze für eine internationale Vereinigung, die sich aber in der Hauptsache nur auf die gegenseitige Unterstützung erstreckten.

Von der Vereinigung der Bäcker und Konditoren wurde auf dem internationalen Kongreß 1919 in Amsterdam beschlossen, mit den übrigen Berufsorganisationen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zwecks Errichtung einer internationalen Organisation aller gewerkschaftlichen Organisationen in dieser Industrie in Verbindung zu treten. Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt und bereits ein Jahr später konnte die Internationale Union gegründet werden.

Eine erfolgreiche Tätigkeit kann die Union im ersten Dezennium ihres Bestehens aufweisen. Bei der Gründung schlossen sich 18 Verbände mit 284 645 Mitgliedern der Union an. Am Jubiläumstag waren 32 Verbände aus 21 Ländern mit 386 820 Mitgliedern vereinigt. Um mehr als 100 000 Mitglieder hat sich die Macht der Union in dieser Zeit erweitert. Durch den Beitritt des sowjetrussischen Lebensmittelarbeiterverbandes erreichte der Mitgliederstand bereits 800 000. Diese Organisation erklärte jedoch im vorigen Jahr bei der Stockholmer Tagung ihren Austritt, weil der Vorstand es ablehnte, ihrem kommunistischen, gewerkschaftsschädlichen Treiben Rechnung zu tragen.

Auch auf sozialpolitischem Gebiet kann die Union auf beachtenswerte Erfolge zurückblicken. Durch ihre Initiative und ihr tatkräftiges Eintreten vor dem Internationalen Arbeitsamt wurde erreicht die Konvention zum Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien. Eine Errungenschaft von weittragender Bedeutung. In der Frage der Beschränkung des Gewichts von Traglasten sind bereits die notwendigen Vorarbeiten eingeleitet.

Eine am 18. und 19. August in Zürich stattgefundenen Vorstandssitzung konnte entgegennehmen, daß sich im verflorbenen Berichtsjahr die Zahl der Mitglieder wieder um 23 000 erhöhte. Beigetreten sind die Ver-

bände der Bäcker und Konditoren in Holland und die Brauereiarbeiter in Luxemburg. Ueber die Notwendigkeit der Einberufung einer besonderen Internationalen Konferenz der Bäckereiarbeiter soll durch eine Rundfrage bei den Verbänden die Zustimmung eingeholt werden. Es soll grundsätzlich darauf hingewirkt werden, daß bei der Durchführung wirtschaftlicher Enqueten durch den Völkerbund Arbeiterexperten hinzuzuziehen sind. Ueber die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge und Jugendlichen soll eine Erhebung vorgenommen werden. In einer Entscheidung wird auf die Notwendigkeit der Organisierung des Austausches junger Arbeiter hingewiesen und die Exekutive mit der Durchführung dieses Planes beauftragt. Jahresbericht und Jahresrechnung wurden einstimmig genehmigt. Dem Sekretariat wurde der Auftrag überwiesen, ein Programm auszuarbeiten, das für die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen richtunggebend sein soll und dem nächsten Kongreß, der in der zweiten Hälfte des Juni 1931 in Prag stattfindet, zur Beschlußfassung zu unterbreiten ist.

Der erfreuliche Fortschritt der Union in der Zeit ihres Bestehens muß bestimmt auf die Außenseiterorganisationen ihren Einfluß ausüben. Noch viele Verbände stehen der Internationale desinteressiert gegenüber. Die kommende Zeit muß mit größerem Nachdruck darauf verwendet werden, daß diese Verbände von der Notwendigkeit des Anschlusses zur Großen Internationale überzeugt werden.

Die belgischen Gewerkschaften im Jahre 1929. Aus dem Tätigkeitsbericht der belgischen Landeszentrale, der vom Generalsekretär Mertens auf dem Anfang August in Brüssel stattgefundenen Gewerkschaftskongreß erstattet wurde, entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl der Landeszentrale, die dem IGB. angeschlossen ist, hat sich im Berichtsjahr um 10 000 auf 550 000 erhöht. Eine noch bessere Entwicklung wurde durch die Arbeitslosigkeit, die sich auch in Belgien besonders stark bemerkbar macht, verhindert. Die Zahl der angeschlossenen Organisationen ist durch eine Verschmelzung von 26 auf 25 zurückgegangen. Die Einnahmen aller Verbände betragen im Jahre 1929 rund 107 Millionen belgische Franken. Die Ausgaben beliefen sich auf 76,5 Millionen Franken. Die Finanzstärke der ganzen Bewegung stellte sich am Ende des Jahres auf insgesamt 129 Millionen Franken. Die Abteilungen der Industrieverbände sind bezirks- oder provinzenweise in 26 Gewerkschaftsförderungen zusammengefaßt.

Literatur

Der Bäckertreiß 1930, Heft 3: Liebe — Ehe — Prostitution. 80 Seiten, reich illustriert. Verlag: Der Bäckertreiß G. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 90 Pf. — Das Eheproblem, das gegenwärtig in dem Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht, wird in diesem Heft ausführlich behandelt. Bervoll ist es, daß alle Beiträge die Ehe im Zusammenhang mit unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse behandeln.

Das Schlichtungswesen als staatspolitisches Problem von Dr. Adam Hüfner. 60 Seiten. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 60 Pf., im Buchhandel 1 Mk. Verlagsanstalt Courier, Berlin SO 16, Michaelisplatz 4. — Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht das Problem des politischen Lohnes. Hüfner zeigt, wie die Fragen des Schlichtungswesens im Zusammenhang mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems gesehen werden müssen, wie insbesondere im organisierten Kapitalismus die Frage der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine ganz neue Gestalt gewinnt.

Mein Arbeitstag — Mein Wochenende. 150 Berichte von Textilarbeiterinnen. Gemeinsam und herausgegeben vom Deutschen Textilarbeiter-Verband. Verlag: Textilpraxis, Berlin SO 34, Remise-Strasse 8-9. Das inhaltreiche Buch ist das Ergebnis eines Preisauschreibens, das zu dem Zwecke erfolgt, den Arbeitstag der Arbeiterfrau der Öffentlichkeit mehr als bisher zur Kenntnis zu bringen.

Adress!
Es verstarb unser Mitglied **Philipp Alas**. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 12,40
Die Kolleginnen des Rheiner Mineralbrunnens in Aheins, Ortsgruppe Koblenz.

Adress!
Am 1. August verstarb unser Kollege **Wilhelm Roberts**. Müller (Anwalde), und am 13. August unser Kollege **Franz Siebers**, Küfer (Anwalde).

Wir werden diesen treuen Kämpfern ein ehrendes Andenken bewahren. 3,00
Ortsgruppe Dortmund.

Unsern Kollegen **Peter Schultze** und seiner lieben Frau zu ihrem am 2. September stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Häuser der

Dortmunder Union-Brauerei, Abt. I.

Unsern werten Kollegen **Florian Klein** sowie seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 12,10

Die Kolleginnen des Rheiner Mineralbrunnens in Aheins, Ortsgruppe Koblenz.

Unsern Kollegen **Wilhelm Krauß** und seiner Frau Anna nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 12,10

Die Kollegen von der Ortsgruppe Bad Dürkheim und Wachenheim (Bfalz).

Unsern Kollegen **Otto Fausel** nebst seiner lieben Frau zu ihrem am 16. August stattgefundenen Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. 1,80

Die Kollegen der Ortsgruppe Göttingen.

Unsern werten Kollegen **Edwin Meenges** zu seinem 30. jähr. Jubiläum die herz. Glückwünsche. 11 80

Die Kolleginnen der Brauerei Jürg-Melchior Eich, Ortsgruppe Gießen.

Unsern Kollegen **Konrad Geier** u. seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herz. Glückwünsche. **Die Kolleginnen und Kollegen der Mainzer Aktien-Bierbrauerei, Mainz.** 11,80

Unsern lieben Kollegen **Wilhelm Fabbender** zum 25. jährigen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 12,40

Die organisierten Kolleginnen der Brauerei Hannen-Wiltschbrunn in Aheins, Ortsgruppe Aheins-Verdingen a. Rh.

Unsern lieben Freunde und Kollegen **Ernst Kreisel** und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 12,10

Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Quedlinburg a. Harz.

Unsern lieben Kollegen **Werner Kästle**, nebst seiner lieben Frau Anna und **Hans Dörfinger** nebst seiner lieben Frau Anna, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 2,10

Die Kollegen der Ortsgruppe Zuffingen.

Unsern Koll. **Wilhelm Schäfer** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 12,10

Die Kollegen der Lebensmittel-Großhandl. Schmidt, Ostweiler, Bezirk Saarbrücken.

Unsern lieben Koll. **Otto Pauly** und seiner lieben Braut zu dem am 30. August 1930 stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 2,10

Die Kollegen des „Gießener Brauhaus“, Ortsgruppe Gießen.

Bäckerschieber

mit mehreren Ofensystemen ver-
traut, guter Feinbäcker, 29
Jahre alt, sucht sofort oder auch
für später Stellung. Angebote an

Hans Jaunegger
Reichenhall, Herzog Georgstr. 4

Bäcker
19 Jahre, guter Tafel-
und Ofenbäcker, in
ungefährigster Stellung,
mit besten Kenntnissen
sucht sofort oder später
Stellung.
B. Hofsteiger, Miesbach (Bav)